

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 9/2018

DIE MACHT DER GEFÜHLE

DEUTSCHLAND
19 | 19



Eine Ausstellung von Ute und Bettina Frevert,
herausgegeben von der Stiftung «Erinnerung, Verantwortung und Zukunft»
und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

evz

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG

Mahnmal in Estland

Die innere Einheit Deutschlands

Auf der Suche nach „F.T.“

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Bundesrat einstimmig für politisch Verfolgte
Soziale Lage ehemals politisch Verfolgter verbessern
Haushaltsausschuß erhöht Mittel
Übertragung

Recht

- 4 Recht auf den gesetzlichen Richter

International

- 5 Estland beispielhaft
Keine Religions- ohne Meinungsfreiheit
Pressefreiheit weiter eingeschränkt

Thema

- 6 Die innere Einheit Deutschlands

Aufarbeitung

- 9 Auf der Suche nach „F.T.“

Berichte

- 11 „Säuberung von feindlichen Elementen“
12 Aus dem Gästebuch einer Ausstellung
13 Kindheit auf anderer Ebene
14 Zukunftsthemen

Verbände

- 15 Gedenkfeier in Tost 2019
Suchanzeigen
16 Europäisches Ausstellungsthema
Neue Posterausstellung
Abschied

Zeitzeugen

- 17 Das Telefongespräch in der DDR

Service/Bücher

- 18 Geschwisterbriefe
19 Todesopfer an der innerdeutschen Grenze

Service/Veranstaltungen

18–19

Umschlagbild

Startplakat der neuen Posterausstellung „Die Macht der Gefühle – Deutschland 1919“, herausgegeben von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Im Erinnerungsjahr 2019 veranschaulicht sie Kontinuitäten und Brüche in den Gefühlswelten, die die vergangenen 100 Jahre prägten (s. auch S. 16).

Foto: Regina Schmeken

Editorial

2018 – Aus Sicht der UOKG

Das Jahr 2018 war für die Opferverbände der SED-Diktatur und des Kommunismus in gewisser Weise erfolgreich. Mit unseren Veranstaltungen und mit unserer Lobbyarbeit konnten wir ein wenig mehr Verständnis erarbeiten. Auf jeden Fall haben wir mit den Möglichkeiten, die uns die Demokratie an die Hand gibt, einiges auf den Weg bringen können. In unserer Arbeit – sowohl der UOKG als auch der Mitgliedsverbände – sind wir natürlich einerseits auf bestimmte Opfergruppen spezialisiert, andererseits versuchen wir als Dachorganisation alle Opfergruppen mit ihren berechtigten Forderungen zu vertreten.

Im Laufe dieses Jahres und zuletzt am 19. Oktober 2018 ist es uns gelungen, den Bundesrat für drei Resolutionen an den Bund zu motivieren, die einstimmig angenommen wurden. Zum einen hat der Bundesrat die Bundesregierung und den Bundestag aufgefordert, endlich die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, die Ende 2019 auslaufen, zu verlängern. Darüber hinaus hat der Bundesrat eine Reihe von Maßnahmen zur Besserstellung von Opfergruppen beschlossen, die nunmehr von der Bundesregierung und dem Bundestag behandelt werden müssen. Dies sind u.a. eine Besserstellung von Opfergruppen wie der verfolgten Schüler und der Zersetzungsoffer, aber auch die Forderung nach einem angemessenen Ausgleich für die Verluste der Zwangsausgesiedelten. Die Opferrente soll dynamisiert und ein angemessener Umgang mit komplexen Traumafolgen von politisch Verfolgten sichergestellt werden. Ebenso hat sich der Bundesrat dafür ausgesprochen, daß Haftopfer, die weniger als 180 Tage in Haft waren, regelmäßig Ausgleichszahlungen erhalten sollen. Wichtig ist, daß wir nun bei der Bundesregierung und im Bundestag auf Umsetzung der Beschlüsse des Bundesrates drängen. Hier sind wir dabei. Ich verhehle nicht, daß ich mich ganz besonders für die Gruppe der Zwangsausgesiedelten freue, die kaum noch Anlaß zur Hoffnung hatte, daß sich jemand an sie erinnert.

Bei allen Gesprächen mit politischen Mandatsträgern fällt mir auf, daß böser Wille, Ignoranz oder Ablehnung nicht zu erkennen sind, jedoch eine unglaubliche Ahnungslosigkeit. Wenn es gelingt, so meine Erfahrung, dieses Wissensdefizit zu verringern, gibt es auch die Hoffnung auf

Unterstützung. Im Gesprächskreis beim Ostbeauftragten der Bundesregierung haben wir kürzlich vereinbart, daß wir mit Unterstützung von Frau Neumann-Becker, der Landesbeauftragten Sachsen-Anhalts, an der Medizinischen Hochschule in Magdeburg ein Kompetenzzentrum zur Beurteilung und Behandlung von Traumafolgen ehemals politisch Verfolgter schaffen wollen. Hintergrund ist, daß die Opfer der SED-Diktatur immer wieder Schwierigkeiten haben, von kompetenten medizinischen Gutachtern behandelt und begutachtet zu werden. In diesem Kompetenzzentrum in staatlicher Verantwortung soll eine deutliche Besserung erfolgen, weil es nicht sein kann, daß sich die Diktaturoffer von einem Gutachter zum anderen durchkämpfen müssen, ohne am Ende durch eine fachgerechte Bewertung auch zu ihrem Recht zu kommen.

Beim letzten Neujahrsempfang des Bundespräsidenten hatte ich ihn gebeten, einmal Vertreter der verschiedenen Opfergruppen, die in der UOKG organisiert sind, zum Gespräch zu empfangen. Am 29. November hat dieses Gespräch stattgefunden und wir konnten dem ersten Mann im Land unsere Probleme und Forderungen vorstellen. Wir können feststellen, daß wir im politischen Raum zunehmend wahr- und ernstgenommen werden. Auch die Finanzierung der Arbeit der UOKG ist mit Hilfe des Bundes und des Landes Berlin mittelfristig gesichert. Unsere Mitarbeiter haben erstmalig seit Bestehen der UOKG unbefristete Arbeitsverträge. Der Zustand, daß Mitarbeiter über 15 Mal jedes Jahr einen Anschlußvertrag bekommen haben, was nach dem geltenden Arbeitsrecht nicht zulässig ist, konnte beendet werden.

Unser Ziel ist es, daß bis zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes alle noch offenen bzw. unbefriedigend geregelten Ansprüche der Opfer von SED und Kommunismus geregelt sind.

Ich bedanke mich für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung und wünsche Ihnen Gesundheit, eine friedvolle Weihnacht und ein gutes neues Jahr.

Herzlichen Dank.

Ihr Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender

Bundesrat einstimmig für politisch Verfolgte

(uokg) Am 19. Oktober hat der Bundesrat einstimmig eine wegweisende Entschließung verabschiedet und folgt damit der Empfehlung der Ausschüsse (Drucksache 316/1/18).

Er bittet die Bundesregierung, unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Lage von in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) politisch Verfolgten zu prüfen, welcher gesetzgeberische Handlungsbedarf in Folge möglicher Gerechtigkeitslücken besteht.

Mit der acht Punkte umfassenden Prüfbitte soll u.a. erreicht werden, daß Opfergruppen, wie verfolgte Schüler oder Zersetzungsoffer, bessergestellt werden, Zwangsausgesiedelten ein angemessener Ausgleich für das erlittene Vertreibungsrecht zukommt, die „Opferrente“ dynamisiert wird, ein angemessener Umgang mit den komplexen Traumafolgen von politisch Verfolgten erfolgt und Haftopfern, die weniger als 180 Tage in Haft waren, regelmäßige Ausgleichsleistungen gewährt werden.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG): „Der Bundesrat setzt mit diesem einstimmigen Antrag ein wichtiges Zeichen. Er enthält viele gute Punkte, die die UOKG schon seit vielen Jahren fordert. Neben der Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze (Drucksache 743/17) und der Rehabilitation ehemaliger Heimkinder, deren Heimeinweisung nur erfolgte, weil die Eltern des Kindes Maßnahmen der politischen Verfolgung ausgesetzt waren (BT Drucksache 19/261), ist es nun die dritte Bundesratsinitiative, die dem Bundestag vorliegt. Im nächsten Jahr feiern

wir 30 Jahre friedliche Revolution. Es wird also Zeit zu handeln, damit der Glaube der Betroffenen von SED-Unrecht an unsere Demokratie gestärkt wird.“ ✈

Soziale Lage ehemals politisch Verfolgter verbessern

(pm) Auch die Konferenz der Landesbeauftragten hat die Entschließung des Bundesrates begrüßt, mit der die Bundesregierung gebeten wird zu prüfen, wie bestehende Gerechtigkeitslücken der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze geschlossen werden können.

Die Landesbeauftragten stellten im Rahmen ihrer Bürgerberatung seit vielen Jahren fest, daß die Folgen der politischen Repression in den meisten Fällen unmittelbar schwer und unzumutbar fortwirkten. Ehemals politisch Verfolgte verfügten deshalb meistens über ein geringeres Einkommen aus Arbeit oder Rente und litten zunehmend unter gesundheitlichen Verfolgungsschäden. Ihre Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben seien deshalb reduziert, was zusätzlich zu geringerer Integration im Vergleich zu anderen Teilen der Bevölkerung führe.

Die Landesbeauftragten wünschten, daß die Bundesregierung die Empfehlung des Bundesrates gründlich prüfe und sich bei ihrer Entscheidung davon leiten lasse, daß denjenigen, die in der SBZ/DDR für Freiheit und Demokratie eintraten oder durch diktatorische Willkür zu Schaden kamen, ein würdiges Altern ermöglicht werde. ✈

Haushaltsausschuß erhöht Mittel

(bst) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat am 8. November beschlossen, die Mittel der Bundesstif-

tung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für 2019 um eine Million Euro zu erhöhen. 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution werden so zusätzliche Projekte zur Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur und deren Folgen gefördert und umgesetzt werden können.

„Für uns bedeutete die Entscheidung der Abgeordneten des Bundestages eine Stärkung und Bestätigung unserer Arbeit, um bundesweit die Auseinandersetzung mit Diktatur, Teilung und deren Folgen anzuregen und zu unterstützen. Wir benötigen die Mittel, damit unsere Projektpartner im gesamten Bundesgebiet ihre vielfältigen Vorhaben zu 30 Jahren Friedliche Revolution und Mauerfall realisieren können“, sagte die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Anna Kaminsky. ✈

Übertragung

(pm) Das Land Berlin hat die East Side Gallery, das längste noch erhaltene Teilstück der Berliner Mauer, am 1. November in das Eigentum der Stiftung Berliner Mauer übertragen. Die Stiftung trägt damit ab sofort die Verantwortung für den baulichen Unterhalt des Denkmals, die Pflege des Areals einschließlich der zugehörigen öffentlichen Grünflächen sowie für die Vermittlung des historischen Erinnerungsortes mittels kontinuierlicher historisch-politischer Bildungsarbeit. ✈



**Ein frohes und gesegnetes
Weihnachtsfest und ein
gesundes Neues Jahr
wünscht allen Leserinnen
und Lesern herzlich**

die Redaktion

Dokumentiert

UOKG fordert Beauftragten für Opfer von SED und SBZ

Im Rahmen der ordentlichen Mitgliederversammlung der UOKG am 24. November 2018 haben sich die Mitgliedsverbände für einen Beauftragten für die Opfer von SED und SBZ ausgesprochen. Die Mitglieder der UOKG verlangen für die Zukunft einen unabhängigen Beauftragten auf Bundesebene, der als Ombudsmann der Opfer der SED und SBZ deren Interessen aktiv in der Politik vertritt.

„Die Anstrengungen zur Aufarbeitung der Folgen von SED und SBZ sind durchaus zu würdigen“, sagte dazu Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG. „Allerdings zeigt die Erfahrung der letzten

28 Jahre auch, daß das deutsche Recht viele berechnete Anliegen, Forderungen und Ansprüche der Opfer von SED und SBZ nicht berücksichtigt. Auch vor dem Hintergrund, daß die Wiedergutmachungsgesetze ausschließlich Bundesangelegenheiten sind, ist es aus unserer Sicht notwendig, daß es eine öffentliche Stelle auf Bundesebene gibt, in der die berechtigten Forderungen der Opfer zusammengeführt und in die politischen Entscheidungswege gebracht werden. Im nächsten Jahr feiern wir 30 Jahre Mauerfall und im Jahr darauf 30 Jahre Deutsche Einheit. Ein Opferbeauftragter wäre da ein starkes Signal in Richtung der Betroffenen.“

Recht auf den gesetzlichen Richter

Besprechung und Bewertung

OLG Rostock, Beschluß vom 5. März 2018 (22 Ws_Reha 1/18)

Der Leitsatz dieser Entscheidung lautet:

1. Die an der mit dem Wiederaufnahmeantrag angegriffenen Ausgangsentscheidung beteiligt gewesenen Richter sind im Wiederaufnahmeverfahren von Gesetzes wegen nach § 15 StrRehaG, § 23 Abs. 2 S. 1 StPO von der Mitwirkung ausgeschlossen.
2. Gegen die die Wiederaufnahme des Verfahrens ablehnende Entscheidung ist das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gegeben, die binnen der Wochenfrist des § 311 Abs. 2 StPO einzulegen ist.

Der Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Ein Betroffener stellte einen Wiederaufnahmeantrag auf strafrechtliche Rehabilitierung beim LG Schwerin. Dieses verwarf den Antrag im November 2017 als unzulässig. Die Vorsitzende Richterin des Landgerichts, das den Wiederaufnahmeantrag ablehnte, war bereits an der Entscheidung über den dem Wiederaufnahmeantrag vorangegangenen Rehabilitierungsantrag beteiligt. Die dagegen gerichtete Beschwerde hatte Erfolg. Das OLG Rostock sah durch den ablehnenden Beschluß den Betroffenen seinem gesetz-

lichen Richter entzogen (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG). Über § 15 StrRehaG ist die Strafprozeßordnung anwendbar. In § 23 Abs. 2 S. 1 StPO heißt es: „Ein Richter, der bei einer durch einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens angefochtenen Entscheidung mitgewirkt hat, ist von der Mitwirkung bei Entscheidungen im Wiederaufnahmeverfahren kraft Gesetzes ausgeschlossen.“ Diese Norm gibt es aus gutem Grund. Zum grundrechtsgleichen Recht der Garantie des gesetzlichen Richters gehört die Gewähr, nicht vor einem Richter zu stehen, dem es an der gebotenen Neutralität mangelt. Wenn ein Richter mit einem Fall schon einmal befaßt war, sind Zweifel an seiner Unparteilichkeit angebracht. Um dem Grundsatz des fairen Verfahrens Rechnung zu tragen, muß ein solcher Richter im Wiederaufnahmeverfahren ausgeschlossen werden.

Gleichwohl handelt es sich trotz klarer gesetzlicher Regelung leider um keinen Einzelfall. Auch bei anderen Entscheidungen über Wiederaufnahmeanträge in Rehabilitierungssachen haben Richter mitgewirkt, die an der Ausgangsentscheidung beteiligt waren. Auch in Brandenburg.

Um auf diesen Mißstand hinzuweisen und Klarheit darüber zu erhalten, hat der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, in seiner Funktion als Abgeordneter des brandenburgischen Landtags zusammen mit dem Abgeordneten Danny Eichelbaum der Landesregierung eine kleine Anfrage vorgelegt. Konkret wurde gefragt: 1. Wie bewertet die Landesregierung diese Praxis? 2. Bei wie vielen Entscheidungen über Wiederaufnahmeanträge im Rahmen von Rehabilitierungsverfahren haben Richter mitgewirkt, die kraft Gesetzes ausgeschlossen waren? 3. Welche konkreten Maßnahmen wird die Landesregierung einleiten, um eine gesetzeskonforme Besetzung der betreffenden Spruchkörper zu ermöglichen? 4. Welche Möglichkeiten stehen den Betroffenen zu, deren Wiederaufnahmeanträge von fehlerhaft besetzten Gerichten zurückgewiesen worden sind?

Des weiteren bezog das OLG Rostock zur Rechtsmittelfrist in Wiederaufnahmeverfahren Stellung. Gegen einen die Wiederaufnahme des Rehabilitierungsverfahrens ablehnenden Beschluß sei das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gegeben. Dabei sei gem. § 311 Abs. 2 StPO die

Wochenfrist einzuhalten. Der Betroffene hatte diese Wochenfrist zwar nicht eingehalten. Allerdings war ihm dies nicht vorzuwerfen, da der ablehnende Beschluß eine fehlerhafte Rechtsmittelbelehrung enthielt. Daher wurde ihm von Amts wegen eine Wiedereinsetzung gewährt.

Betroffene, die auf einen Wiederaufnahmeantrag einen ablehnenden Beschluß erhalten, müssen also die Wochenfrist einhalten, sofern sie Beschwerde einlegen möchten. Ausschlaggebend sind Zustellung der Entscheidung und der Eingang der Beschwerde bei Gericht (nicht der Poststempel). Schnelles Handeln ist gefragt. Sicherheitshalber sollte die Beschwerde mindestens zwei Tage vor Fristablauf als Einschreiben auf den Weg gebracht werden. Denn man kann sich nicht darauf verlassen und nicht darauf berufen, daß die Post am nächsten Tag zustellt. Natürlich kann man die Beschwerde auch am letzten Tag selbst beim zuständigen Gericht einwerfen oder zu Protokoll der Geschäftsstelle einlegen. Auch eine Übermittlung per Telefax genügt grundsätzlich. Dabei ist unbedingt zu beachten, daß das Original handschriftlich unterschrieben ist.

Exkurs: *Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Fristversäumung*

*Es kann vorkommen, daß die Einlegungsfrist ohne eigenes Verschulden nicht eingehalten werden kann, etwa weil der Betroffene innerhalb der Frist im Urlaub oder Krankenhaus war. Dann können Betroffene einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach §§ 44 f. StPO stellen. Ist dieser erfolgreich, wird der Antragsteller so gestellt, als hätte er die Frist nicht versäumt. Voraussetzungen: Die Wiedereinsetzung ist innerhalb einer Woche nach Wegfall des Hindernisses schriftlich bei dem Gericht zu stellen, bei dem die Frist wahrzunehmen gewesen wäre. Das Hindernis ist entfallen, wenn der Betroffene Kenntnis davon erlangt, daß er die Frist versäumt hat. Die Beschwerde ist dann **innerhalb der Antragsfrist** (einer Woche) nachzuholen. Der Antrag auf Wiedereinsetzung erfordert eine genaue Darlegung und Glaubhaftmachung der Gründe, warum die Frist versäumt wurde. Es muß dargelegt werden, wie und durch wessen Verschulden es zur Versäumnis gekommen ist und zu welchem Zeitpunkt das Hindernis weggefallen ist. Zur Glaubhaftmachung sollten Belege eingereicht werden (z.B. amtliche Bescheinigungen, Nachweis über Krankenhausaufenthalt, eidesstattliche Erklärungen etc.).*



Justitia am Eingang des Kriminalgerichts Berlin.

Maria Rohde

Estland beispielhaft

Die Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus fordert ein zentrales Mahnmal für Opfer des Kommunismus in Deutschland.

(Inter-Asso) Am 23. August 2018, dem Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus, wurde in Estland ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus eingeweiht, das die Namen von über 22 000 estnischen Opfern aufführt. Der Mahnmal-Komplex erstreckt sich über eine Fläche von 30 000 Quadratmetern. Er wurde aus dem Budget des estnischen Fonds für Hilfe an Repressionsopfer sowie aus dem Staatsetat Estlands finanziert.

Die Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus, der Dachverband

von zwölf europäischen Opferverbänden, begrüßt die Errichtung des Mahnmals in Estland und möchte dies gleichzeitig zum Anlaß nehmen, kritisch darauf hinzuweisen, daß im Gegensatz dazu in der Bundesrepublik Deutschland ein solches Mahnmal noch immer nicht vorhanden ist. Zwar liegt seit 2015 eine Absichtserklärung des Deutschen Bundestages zur Schaffung eines Mahnmals für die Opfer des Kommunismus vor, dem folgten aber bisher keine weiteren Schritte zur Umsetzung.

Die Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus erwartet vom Deutschen Bundestag, daß er nun mit einem Errichtungsbeschluß den Weg zur Schaffung eines Mahnmals für die Opfer des Kommunismus ebnet, um so auch in der Bundesrepublik Deutschland, wie in

anderen Ländern bereits beispielhaft geschehen, ein würdiges Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft gewährleisten zu können.

Berlin, 11. September 2018

Die Erklärung wurde an die folgenden Adressaten versandt:

Dr. Wolfgang Schäuble,
Bundestagspräsident

Prof. Dr. Monika Grütters,
Staatsministerin für Kultur und Medien

Ralph Brinkhaus, Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Andrea Nahles, Vorsitzende
der SPD-Bundestagsfraktion

Katrin Budde, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien

Johannes Selle, stellvertretender
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien

Keine Religions- ohne Meinungsfreiheit

(vn) In Venezuela und Kuba kommt es nicht nur zu Menschenrechtsverletzungen, sondern auch zu einer Einschränkung der Religionsfreiheit. Diese Sorge äußerte der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Ludwig Schick, Ende November. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der venezolanischen Bischofskonferenz stellte er eine Arbeitshilfe zur Situation der Christen in Kuba und Venezuela vor.

„Die prekäre Menschenrechtslage in Kuba und Venezuela ist zwar allgemein bekannt, Einschränkungen der Religionsfreiheit werden jedoch weniger vermutet“, so Schick. Mit Blick auf beide Länder

werde jedoch schnell deutlich, daß es keine Religionsfreiheit ohne Meinungsfreiheit geben könne. Wo letztere bedroht sei, leide immer auch die Religionsfreiheit.

Obwohl Kuba und Venezuela als katholisch geprägte Länder gälten, gerieten dort Christen, deren pastorales oder caritatives Engagement politische Züge trage, schnell mit dem politischen Machtapparat in Konflikt. Dabei komme es zu administrativen Schikanen und systematischer Benachteiligung bis hin zu Gefängnisstrafen, so das ernüchternde Resümee. „Dort, wo Meinungsvielfalt unerwünscht und das politische Leben gleichgeschaltet wird, hat die Frohe Botschaft Jesu Christi politische Sprengkraft“, betonte Schick.

Der Vorsitzende der venezolanischen Bischofskonferenz, Erzbischof José Luis Azuaje Ayala, berichtete von der dramatischen humanitären Situation in seinem Heimatland. „Es gibt inzwischen viele Menschen, die im Müll nach Essen suchen. Das widerspricht der Menschenwürde.“ Medikamente und Grundnahrungsmittel seien im ehemals reichsten Land Lateinamerikas knapp geworden, täglich emigrierten Tausende Venezolaner ins Ausland.

Wer die politischen Ursachen dieser Misere benenne, werde bedroht. So nähmen unter Präsident Maduro auch die Polemik und die Aggression gegenüber der Kirche massiv zu. Der Erzbischof beklagte die Untergrabung der Demokratie und mahnte den Einsatz für Freiheit, Menschenwürde und Menschenrechte an.

Pressefreiheit weiter eingeschränkt

(rog) Chinas Medien unterliegen einer strengen Zensur. Das Propagandaministerium verschickt täglich Direktiven, mit denen die Berichterstattung gesteuert wird. Über die Selbstverbrennungen von Tibetern, das Massaker am Platz des Himmlichen Friedens vom 4. Juni 1989 und andere heikle Themen darf nicht berichtet werden. Die chinesische Firewall blockiert viele Webseiten, auch Facebook, Youtube und Twitter. Die chinesische

Twitter-Version „Weibo“ wird zensiert. China gehört zu den Ländern mit den meisten inhaftierten Journalisten und Bloggern weltweit. Auf der Rangliste der Pressefreiheit von 180 Ländern steht China auf Platz 176.

Mitte des Jahres wurden die Regeln für Journalisten weiter verschärft. In einer Mitteilung verbot die Pressebehörde Reportern, bestimmte Informationen zu

kopieren, aufzunehmen, aufzubewahren oder im privaten Austausch weiterzugeben. Gemeint sind Staatsgeheimnisse, Handelsgeheimnisse und andere nicht veröffentlichte Informationen.

In einer Vertraulichkeitserklärung sollten sich Journalisten zu den neuen Regeln verpflichten. Bei Zuwiderhandlung drohen disziplinarische und zivilrechtliche Maßnahmen. Ob die Regeln auch für ausländische Reporter in China gelten, ging aus der Bekanntmachung nicht hervor.

Die innere Einheit Deutschlands

Wem ist die Wiedervereinigung zu verdanken?

Von Friedrich-Wilhelm Schlomann

Bald ist es 30 Jahre her, daß die staatliche Vereinigung Deutschlands stattfand. Zu einer inneren Einheit indes kam es bisher nur bedingt. Gerade in jüngster Zeit mehren sich die Stimmen jener Menschen, die damals die DDR-Diktatur bekämpften und heute den Westen überaus kritisch sehen.

Nach der Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945 übernahmen die Siegerstaaten die Regierungsgewalt. Im Deutschlandvertrag verpflichteten sich

Europa zurückdrängen und bei der die Wiedervereinigung „eine zentrale Rolle“ spielen sollte. Anlaß war die Sorge, die vor einem wirtschaftlichen Kollaps stehende UdSSR würde Bonn gegen recht umfangreiche Kredite Angebote für ein Gesamtdeutschland unterbreiten. Mitterand sprach sich öffentlich für eine Wiedervereinigung aus, während er sie in der Diplomatie zu verhindern suchte. Margaret Thatcher war stets glühende Verfechterin von Selbstbestimmung, doch galt das nicht für die Deutschen:

Sie war eindeutig gegen deren Einheit. Als NATO-Mitglied konnte sie das nicht öffentlich äußern, hoffte aber, Rußland werde sie verhindern (mit Gorbatschow verband sie eine Vertrautheit, die Experten „fast als Verrat“ werteten).

1986 meldete der BND ein gewisses Umdenken im Kreml, was Bonn bis zuletzt nicht glauben wollte. Anfang 1987 sprach man im Politbüro der KPdSU von der „Idee eines geeinten Deutschlands“. Am 3. November 1989 erklärte Gorbatschow dort, man könne

die DDR nicht halten. Auf die Frage nach der Berliner Mauer entgegnete Scharoun: „Wir sollten sie einreißen.“

Man wehrte sich nicht gegen den Freiheitsdrang der DDR-Deutschen und erhielt im Austausch dafür überlebensnotwendige Kredite aus Bonn. Manche Quellen schätzen sämtliche Finanzleistungen im Zuge der Wiedervereinigung für Moskau auf bis zu 55 Milliarden D-Mark.

Wie verhielt sich der in Freiheit und Wohlstand lebende Westteil Deutschlands in all den Jahren der Teilung? Dieser hatte nicht nur die moralische, sondern nach seiner Verfassung und einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch die juristische Verpflichtung, alles für die Wiedervereinigung zu tun. Die Bundesregierung unter Kanzler Kohl hielt stets daran fest, glaubte indes, dies werde „noch Generationen dauern“. Kohl dachte rein westdeutsch und hatte für den anderen Teil Deutschlands kaum

ein Gespür. Dennoch glaubte er, besser informiert zu sein als sein eigener Nachrichtendienst. Bonn stützte sich auf seine Ständige Vertretung in Ost-Berlin, wo wirklichkeitsfremde Juristen die DDR-Bürgerrechtler völlig unterschätzten und von einer Teilung „für alle Zeiten“ ausgingen. In seinem Buch zur Einheit schreibt der heutige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, daß „die meisten das damals kaum Vorstellbare nicht zu denken wagten“.

Indes sollte eine Regierung alle Möglichkeiten erwägen, zumal die Wiedervereinigung als Kernstück der Verfassung galt. Sie sei „nicht voraussehbar“ gewesen, behauptet der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Norbert Röttgen; auch ihm gilt der Vorwurf, nie BND-Berichte gelesen zu haben – die allerdings dem allgemeinen (falschen) Weltbild widersprachen. Die später veränderte Haltung Bonns, die Einheit von der Zustimmung der Nachbarländer abhängig zu machen und der europäischen Einigung unterzuordnen, war ein völliger Mißgriff. Für die Lösung der deutschen Frage waren allein die Siegermächte und sekundär die Deutschen zuständig.

Blamabel waren die „Berichte zur Lage der Nation“, in denen Kohl die offiziellen (Propaganda-)Zahlen der DDR benutzte und sogar selber glaubte, diese sei die „zehntgrößte Industrie-Nation der Welt“. Tatsächlich wäre sie bei Auslandsschulden von etwa vier Milliarden Mark 1990 zahlungsunfähig gewesen. Erst bei seinem Dresden-Besuch im Dezember 1989 erkannte der Kanzler die wahre Stimmung der DDR-Bevölkerung und betrieb fortan eine sehr energische Wiedervereinigungspolitik.

Die Ostzonen-CDU beklagte sich bereits 1947 über das Mißtrauen der West-CDU ihr gegenüber, sie fühlte sich im Stich gelassen. Vergessen ist ebenfalls nicht, daß die CDU West-Berlins den Besuch des US-Präsidenten Reagan verhindern wollte mit dem Hinweis, „die Wahl des Ortes würde den Osten provozieren“. Ein Jahr später lag dem CDU-Bundesparteitag ein – abgelehnter – Antrag vor, den Auftrag zur Einheit zu streichen. Der Parteitag der Exil-CDU (aus der DDR geflohene CDU-Funktionäre) mit dem Wissen von der Aufbruchstimmung dort im April 1989 fand bei den anderen westdeutschen CDU-Landesverbänden nicht einmal Beachtung. Noch auf der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes drei Tage vor dem Mauerfall hatte das Thema der



Berliner Mauer mit Panzersperren, 1980.

die Westmächte als Gegenleistung für den Beitritt Westdeutschlands zur NATO, sich für die Wiedervereinigung einzusetzen; tatsächlich zeigten sie nur wenig Interesse. Die Einheit kam nicht von ihnen, aus unterschiedlichen Motiven aber duldeten sie diese. Über den Bau der Mauer waren sie zuvor von Moskau benachrichtigt worden, informierten Bonn jedoch nicht. Stets sprach der Kreml von Rechten der West-Alliierten im Westen Berlins. Kennedy akzeptierte das, übersah aber die Bewegungsfreiheit der Berliner. Ihn trifft somit eine Mitschuld am Mauerbau. Chruschtschow hatte dies als Einverständnis für Absperrungen gesehen. Die eigentliche Mauer entstand erst Tage später, man wollte zunächst etwaige westliche Gegenmaßnahmen austesten. Ob bei militärischen Androhungen des Westens Chruschtschow nachgegeben hätte, wurde nie untersucht.

Im März 1989 begann Washington eine Politik, die den Einfluß Moskaus in Eu-

Wiedervereinigung keine größere Bedeutung.

Bei der Bundesregierung aus SPD und FDP ab 1969 war die Wiedervereinigung nicht mehr ausdrücklich das Ziel ihrer Politik. Ein Jahr später wandte sich Bundeskanzler Willy Brandt direkt gegen die Einheit, welche er 1988 zur „Lebenslüge“ der Bonner Republik erklärte. Egon Bahr, größter Befürworter weiterer Trennung, bezeichnete Wiedervereinigungspolitik als „politische Umweltverschmutzung“. Zunehmend betrachtete man die DDR als gleichberechtigt und sogar als gleichwertige Alternative – der Unterschied zwischen Diktatur und Rechtsstaat mit freien Wahlen verschwand. Manche wollten den Menschen in der DDR sogar das Recht auf Selbstbestimmung absprechen.

Wie die Grünen wollte diese Koalition das Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz streichen und andererseits die völkerrechtliche Anerkennung der DDR anstreben. Außenminister Hans-Dietrich Genscher hatte zweifellos Verdienste um die Einheit. Im Juni 1989 indes sagte er dem US-Botschafter voraus, diese liege „für die nächste Zukunft schlechthin nicht im Bereich des Möglichen“. Hildegard Hamm-Brücher wandte sich scharf gegen die DDR-Flüchtlinge in bundesdeutschen Botschaften. Das zu dulden, könne man Ost-Berlin „nicht antun“. Gedacht wurde im Maßstab von Staaten, nicht aber an die Schicksale der eigenen Landsleute. DDR-Bürgerrechtler diffamierte man als „Störenfriede“...

Westdeutsche Medien entsprachen zu meist dem Zeitgeist, übernahmen oft kritiklos Ost-Berliner Nachrichten. Das Wort „Wiedervereinigung“ tauchte erstmals am 17. Juli 1989 in „The Japan Times“ auf. Tage darauf folgten zwei bundesdeutsche Zeitungen mit fast ängstlicher Diktion. Gegen die Einheit sprachen sich auch größere Publikationen aus. Man sollte wirklich einmal untersuchen, wie viele westdeutsche Journalisten bis zuletzt die Wahrheit über das SED-Reich darlegten und für die Wiedervereinigung eintraten und andererseits, wie viele für die Stasi spionierten.

Auch ließ der herrschende Zeitgeist kritische Analysen über DDR-Verhältnisse höchst ungern zu. SPD-Vorsitzender Hans-Jochen Vogel rügte die Veröffentlichung von Negativem über die DDR als ein „Instrument der Einmischung in die

Angelegenheiten eines anderen Staates“. Sollte man im Interesse einer nebulösen Entspannungspolitik also die Morde an der Mauer in Kauf nehmen und sie verschweigen? In der Deutschen Welle, dem bundesdeutschen Auslandssender, „wünschte“ Intendant Klaus Schütz, einst Bürgermeister West-Berlins, von Mitarbeitern bereits 1981 kein negatives Wort über die Führungsspitze Ost-Berlins. Ein Redakteur, der unerwünscht stark für die Einheit auftrat, wurde von 1970 bis zum Mauerfall nicht befördert. Zweifellos kam hinzu, daß er Bücher über DDR-Spionage schrieb, die internationales Echo fanden und sogar die CIA interessierten.

Schon wenige Jahre nach Kriegsende war westlich der Zonengrenze ein Überlegenheitsgefühl gegenüber den Landsleuten von „drüben“ zu spüren. Zumeist basierte es nicht auf ihrem politischen System, sondern ihrem Lebensstandard (der letztlich auf dem Marshall-Plan beruhte).

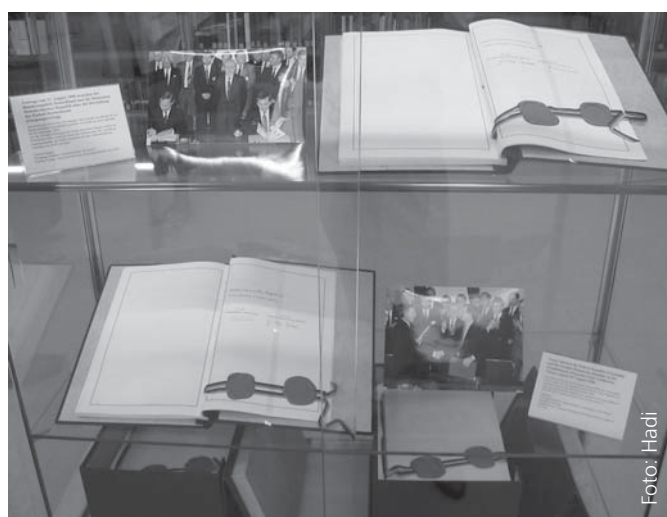
Bis zum Fall der Mauer waren bei den Durchschnitts-Bundesbürgern wachsendes Desinteresse und Gleichgültigkeit gegenüber den DDR-Deutschen festzustellen. Sie besaßen nur noch selten eine Einstellung zur deutschen Frage, hatten sich mit der Teilung abgefunden, nahmen die Mauer mit all den Toten wahr, dachten jedoch nur recht selten an ihre Überwindung. Großangelegte Lichterketten in der Bundesrepublik gab es gegen Ausländerfeindlichkeit, jedoch keine einzige für die Wiedervereinigung oder die politischen Häftlinge in Bautzen. Anfang 1989 erachteten lediglich noch 0,5 bis 1 Prozent der Westdeutschen die Einheit als „wichtigstes politisches Ziel“. Kohl selber schrieb später einmal: „Wer für die Einheit eintrat, galt als Ewiggestriger oder Kriegstreiber.“ Fast jeder Dritte sah den anderen Teil Deutschlands als „Ausland“, bei Jüngeren waren es 51 Prozent. Nein, vom Westen, wo man erneut nichts wissen wollte, mit seiner allzu häufigen politischen Feigheit, konnten die Menschen jenseits der Berliner Mauer nichts erhoffen. Eine Schweizer Zeitung schrieb vom „geistig-moralischen Kollektiv-Verrat am eigenen Volk“.

Die noch vor wenigen Monaten die Wiedervereinigung verteufelt hatten, spielten sich nunmehr als die Helden der Einheit auf. Ex-Kanzler Helmut Schmidt stellte sich vor dem Bonner Verein der Auslandspresse ebenso wahrheitswidrig als einziger Politiker dar, der die Entwicklung vorausgesehen hatte. Zur Bekräftigung dieser neuen Haltung wird stets das Wort Willy Brandts zitiert, wonach jetzt zusammenwachsen, was zusammengehört. Indes war damit keineswegs die deutsche Einheit gemeint: Noch am 6. Dezember 1989 wünschte er in der Marienkirche in Rostock „eine neue Art von deutschem Bund, Wiedervereinigung kann ich mir schwer vorstellen“.

Große Verbitterung löste das Auftreten der „Wessis“, als seien sie die Sieger



Ost- und Westdeutsche auf der Berliner Mauer Ende 1989.



Beide Exemplare des Einigungsvertrages im Archiv des Auswärtigen Amtes.

der Geschichte, in der DDR aus. Hatten die „Ossis“ in ihrer gutgläubig-sehnsüchtigen Haltung eine herzliche Umarmung ihrer Landsleute aus dem Westen erhofft – die es in den ersten Stunden



nach dem Mauerfall auch gab –, so blieb diese zumeist hölzern. Bald fragte sich die Bevölkerung in den „neuen Ländern“, was bei den Westdeutschen stärker ausgeprägt sei, ihre Arroganz oder ihre Ignoranz. Im Westen hieß es, die „wirklichen Gründe“ der Vereinigung seien „die Beharrlichkeit und Opferbereitschaft der Westdeutschen und West-Berliner, ein entscheidender Faktor war der unbeirrbar Glaube der Mehrheit der Deutschen in Westdeutschland an die Wiedervereinigung“.

In typischer Selbstgerechtigkeit wurde nicht selten verlangt, den neuen Politikern im Osten „westliche Freiheitswerte“ beizubringen, bevor diese in wichtige Positionen kämen. Waren sie, die für die Freiheit und Einheit Deutschlands kämpften, politisch Menschen zweiter Klasse? Ein CDU-nahes Zentrum in Königswinter sah die Ursache der Vereinigung im westdeutschen Rechtsstaat und seiner Wirtschaftskraft, als hätten die Menschen in der DDR überhaupt nicht existiert.

Symptomatisch ist die im Sommer 2009 in den Medien groß betriebene Kampagne „60 Jahre Deutschland“. Gemeint war wohl die seit 60 Jahren existierende Bonner Verfassung, die indes nur im Westen galt. Die Bundesrepublik war niemals mit Deutschland gleichzusetzen, sie war lediglich ein Teil. Menschen in der Ex-DDR werden auch heute noch oftmals als Staatsbürger zweiter Klasse und flächendeckend unter dem Verdacht eines Stasi-Spitzels gesehen. Immer noch denkt jeder zweite Deutsche in den Kategorien Ost und West.

Die ehemaligen Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes behaupten auch

heutzutage noch, lediglich im Einklang mit der DDR-Verfassung gehandelt zu haben. Ihre Namensnennung in der Öffentlichkeit, klagen sie vor Gericht, verletze ihre Persönlichkeitsrechte – sie hätten das Recht, „in gewählter Anonymität zu bleiben“. Völlig unverständlich ist, daß von 91 000 Stasi-Angehörigen lediglich 33 Offiziere verurteilt wurden – zur Bewährung. Nur ein einziger mußte die Gefängnisstrafe antreten. Bei den Mauerschützen gab es ca. 3000 Ermittlungsverfahren, doch nur bei 331 kam es zu einem Urteil. Zu große Nachsicht wurde den recht vielen Bundesdeutschen gewährt, die für die DDR spioniert hatten, lediglich 51 gingen ins Gefängnis. Im Laufe der Jahre entwickelte sich die persönliche Verstrickung in diese Diktatur zum Kavaliersdelikt.

Bereits vor Jahren wurden in den Landesverwaltungen jener „neuen Länder“ über 17 000 Hauptamtliche der Staatssicherheit eingestellt. Sogar der Bund übernahm fast 2600 Stasi-Mitarbeiter. Wen überrascht es noch, wenn bei der Berechnung der Altersbezüge einstige Systemträger ihre Unterdrücker-Tätigkeit inzwischen als Lebensleistung anerkannt bekommen? Das Bundesverfassungsgericht glaubte, ihre bisherigen Renten unter den Einkommensschutz der Westdeutschen stellen zu müssen.

Erst 18 Jahre nach der Wiedervereinigung interessierte sich das gesamtdeutsche Parlament für eine Sonderrente für ehemalige politische Häftlinge. Das Ergebnis? Der deutsche Staat zahlt jährlich vier Milliarden Euro für DDR-Staatsdiener (davon 212 Millionen für frühere Stasi-Angehörige) und 70 Millionen für die 48 000 Empfänger jener Opferrente. Es ist unvorstellbar, aber leider Tatsache: Wenn jemand im Zuchthaus Bautzen als Wärter tätig war und politische Häftlinge drangsalierte, erhält er eine höhere Rente als jemand, der dort 20 Jahre in politischer Haft einsaß. Man hatte weltfremdes Bundesrecht erhalten, die erhoffte Gerechtigkeit blieb aus.

Tragisch ist auch das Schicksal jener Männer und Frauen, die im Widerstand waren und einer Verhaftung entgangen sind. Sie erhielten weder von Bonn noch Berlin bis heute ein einziges Wort des Dankes. Jedes Land der Welt hätte jene



Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker beim Staatsakt am 3. Oktober 1990 in der Berliner Philharmonie.

Menschen, die für die Freiheit ihr Leben einsetzten, geehrt, in Deutschland fehlt bisher jegliche Würdigung, eine moralische Schande.

Es waren auch nicht die Bürgerrechtler, die das Ende der DDR-Diktatur herbeiführten. Ihr Ziel war ohnehin nicht die Einheit, sondern eine reformierte, menschenfreundlichere DDR – letztlich eine Utopie. Ihnen indes ist zu verdanken, daß sie die Menschenmassen mobilisierten. Entscheidend waren die 70 000 Demonstranten am 9. Oktober 1989 in Leipzig, die trotz aller Androhungen der bewaffneten DDR-Truppen mit ihrem Ruf „Wir sind das Volk!“ auf die Straße gingen und erstmals die Staatssicherheit und die verschiedenen Polizeieinheiten zwangen, vor dem Volk zurückzuweichen. Diese Stunden waren der Beginn des Endes der DDR! Bezeichnend für das Unwissen des Bonner Kanzleramtes über die dortige Bevölkerung war ein Anruf bei der BND-Zentrale am nächsten Tag, ob es sich bei jenen Demonstranten um westdeutsche Neo-Nazis gehandelt hätte.

Die DDR allein von außen zu verstehen, ist offenbar nahezu unmöglich. Dafür wären noch sehr viele Erkenntnisse erforderlich, die mancher vielleicht gar nicht haben will. In selten selbstkritischer Art hieß es Mitte April 2018 in einem Leserbrief einer West-Berliner Zeitung: „Vermutlich können nur die Ostdeutschen nachvollziehen, was es bedeutet, mehr als 40 Jahre lang ein erzwungenes Leben zu führen. Uns Wessis fehlt dafür jedes Gespür. Und wie lange es dauert, bis die Wunden verheilt sind, falls es dazu kommt.“



Denkmal „Väter der Einheit“ von Serge Mangin vor dem Axel-Springer-Hochhaus in Berlin.

Auf der Suche nach „F.T.“

Unbekannter Künstler aus dem Zuchthaus Cottbus gefunden

Von Sylvia Wähling

Im Juli letzten Jahres kam wieder einmal ein ehemaliger Erzieher – so nannten sich bestimmte Mitarbeiter des DDR-Strafvollzugs – des Cottbuser Gefängnisses zu mir. Er war schon mehrmals da und wollte reden. Diesmal kam er mit zwei Zeichenblöcken in der Hand und sagte zu mir, er habe diese Bilder und wolle sie aber dem Häftling wiedergeben, denn ihm gehörten sie ja eigentlich. Ich sah sie mir an, und es waren wunderschöne Zeichnungen, teilweise Porträts von Haftkameraden, manche mit frivolen Themen, andere mit Landschaften. Es waren auch einige mit politischen Inhalten, durchaus kritisch, darunter, Themen der 80er Jahre, Raketen, Klima, Weltzerstörung.

Er erzählte mir, daß Häftlinge damals eine Zeichenerlaubnis beantragen mußten. Nicht jeder bekam sie, nur diejenigen, von denen man wußte, daß sie zeichnen konnten. Der Häftling, von dem die Zeichnungen stammten, war Künstler, schon bevor er inhaftiert wurde. Also hat man ihm die Erlaubnis erteilt. Er bekam einen Block. Das funktionierte so, daß er wieder abgegeben werden mußte, wenn er voll war. Und der Erzieher sollte ihn dann vernichten. Wenn die Häftlinge entlassen wurden, durften sie nur ihre persönlichen Sachen, mit denen sie angekommen waren, mitnehmen, aber nichts aus dem Gefängnis. In diesem Fall hat der Erzieher aber die Blöcke nicht vernichtet, weil ihm die Zeichnungen so gut gefielen. Er hat sie mit nach Hause genommen.

Auf den Bildern, die ich da sah, stand immer das Kürzel „F.T.“ und ein Datum oder zumindest das Jahr. Das waren die einzigen Anhaltspunkte. Wie sollte ich nun einen ehemaligen Häftling finden, von dem ich nur die Initialen hatte und die Zeit, in der die Zeichnungen entstanden waren? Ich wußte nicht, wie er heißt, ob er lebt, wo er lebt. Es hätte ein alter Mann in Australien sein können, ohne Internet und Kontakt zur Außenwelt. Trotzdem habe ich dem Erzieher gesagt, daß ich „F.T.“ finden werde.

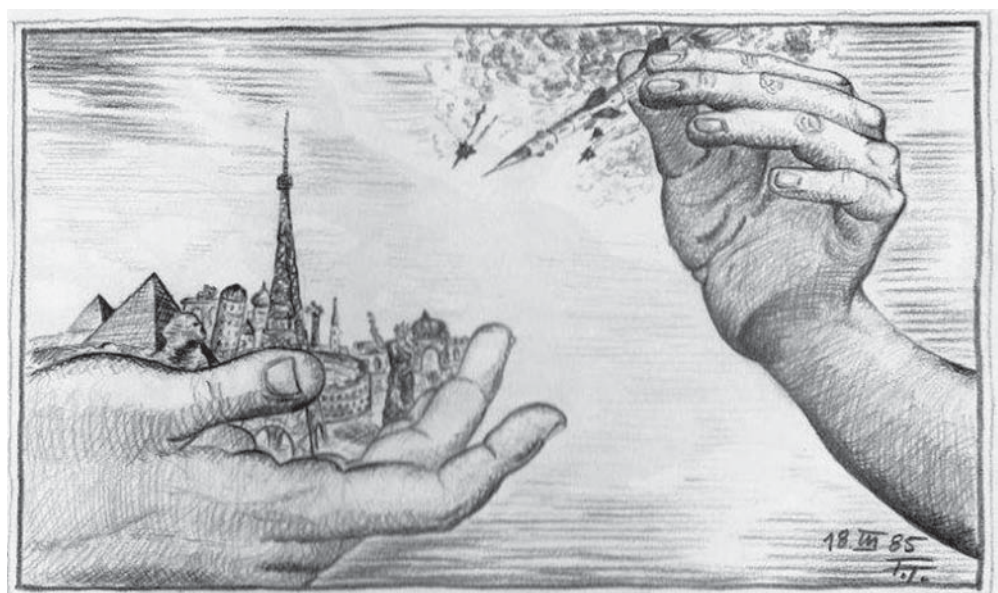
Zunächst habe ich einen Artikel geschrieben, der als erstes im „Stacheldraht“, publiziert wurde (Ausgabe 7/2017), einige Zeichnungen waren abgebildet, dann auch in anderen Zeitungen. Sein Inhalt

wurde in der BZ und der BILD verarbeitet. So wurde „F.T.“ öffentlich gesucht, doch nichts geschah. Mittlerweile war es September. Ich war wirklich drauf und dran, mit diesen Zeichnungen ein Plakat zu machen, so in der Art „Gesucht wird ...“. Deshalb fingen wir an, eine Datei mit allen Rathäusern und Stadthallen zusammenzustellen. Weil dieses Plakat dort hängen sollte, wo viele Menschen ein- und ausgehen, damit es auch von jemandem gesehen werden kann, der „F.T.“ von früher kennt oder ihn heute kennt oder sich an die Zeichnungen erinnern kann.

Schließlich kam der Erzieher noch einmal und wies mich auf ein kleines Detail hin. Die Blöcke hatten Stempel vom jeweiligen Erziehungsbereich. Außerdem mußte das Signum des Erziehers darauf stehen. Auf diesem Block war allerdings das Zeichen eines anderen Erziehers zu sehen. Es war derjenige, mit dem sich der Erzieher ein Zimmer teilte. Das hieß also, daß der andere auch von diesen Zeichnungen wissen könnte. Ich schrieb ihn an, schickte zwei Beispiel-Bilder mit und fragte, ob er sich erinnere. Die Antwort war: „Mein Bauchgefühl sagt mir, daß es Frank Timpe ist.“ Also, wenn ich mich an jemanden aus dem Jahr 1985 erinnern sollte, hätte ich Schwierigkeiten, mich überhaupt zu erinnern. Aber wenn sich jemand nach so langer Zeit sogar noch an den Namen erinnert, dann muß dieser Mensch etwas Besonderes gewesen sein.

Als ich den Namen hörte, dachte ich, mein Herz bleibt stehen. Jetzt hatte ich plötzlich einen Namen zu meinem „F.T.“. Ich suchte im Internet nach einem Frank Timpe und fand sechs in ganz Deutschland. Dann habe ich alle reihum angerufen und gefragt, ob sie aus der ehemaligen DDR kommen. Jeder hat es verneint, konnte also nicht der Richtige sein. Einmal unterhielt ich mich mit einer Person, die nicht genannt werden will, über meine Suche und erhielt den Tip: „Konzentrieren Sie sich auf den Kölner Raum.“ Nun gab ich noch einmal „Frank Timpe“ und „Köln“ im Internet ein. Dabei stieß ich auf einen Artikel im Kölner Stadtanzeiger über eine Ausstellungseröffnung 2015 in einer Galerie in Bergisch-Gladbach. Da stand mir das zweite Mal das Herz fast still, denn ich kam dem unbekannten Künstler immer näher.

Ich machte die Galerie ausfindig und rief dort an. Es war an einem Donnerstag um 17 Uhr, ich erwischte eine Frau, die buchstäblich in Hut und Mantel war, denn sie wollte gerade gehen. Nachdem ich mich vorgestellt hatte, fragte ich sie nach der Ausstellung, nach Frank Timpe und ob er aus der ehemaligen DDR stamme. Das hat sie bestätigt. Nun wußte ich, daß er der Richtige ist. Ich hatte ihn gefunden. Dann erzählte ich ihr die ganze Geschichte. Weil sie mit ihm befreundet war, wußte sie auch, daß er in Haft war. Schließlich gab sie mir seine Telefonnummer. Ich rief ihn sofort an, er war gerade mitten auf der Autobahn. Zum Glück fuhr er nicht selbst, sonst hätte er einen Unfall gebaut, erzählte er mir später. Als ich ihm sagte, wer ich bin und warum ich ihn anrufe, war das für ihn wie eine Stimme aus der Vergangenheit. Es war ein Schock für ihn, weil er so etwas nicht erwartet hatte. Natürlich war



Aus dem alten Zeichenblock: „Hände können... bauen – vernichten“.

er auch völlig überrascht, daß dieser Erzieher seine Zeichnungen behalten hatte. Er hatte ihre Existenz längst vergessen.

Zwei Tage später wollte ich nach Wuppertal fahren, und so haben wir uns für den 8. Oktober im Kölner Hauptbahnhof verabredet. Dort sind wir, glaube ich, acht Stunden geblieben und haben uns sehr intensiv unterhalten über die Vergangenheit und Gott und die Welt. Von da an blieben wir in Kontakt.

Wir hatten ja das Ziel, daß er nach Cottbus kommt und der Erzieher ihm seine Zeichnungen zurückgibt. Und weil er Künstler ist, wollten wir auch eine Ausstellung mit seinen heutigen Werken machen und einen Kunst-Workshop mit Schülern. Aber die Zeit verging, mit Krankheiten und anderen Hindernissen, und bald war fast ein Jahr um. So kam es zu unserem Treffen erst am 1. Oktober dieses Jahres.

Nachdem ich den Mitgliedern unseres Vereins – des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V. – von der Suchaktion und dem Ergebnis in einem Mitgliederrundbrief berichtet hatte und auch, daß wir für den 3. Oktober die Eröffnung einer Ausstellung mit Frank Timpes Werken planten, las das Andreas Neubert, ein ehemaliger Häftling, der mit Frank Timpe in der Haft befreundet war. Er hatte ihn seit Jahren gesucht. Später stellte sich heraus, daß er sogar in der Hoffnung dem Verein beigetreten war, ihn vielleicht dort zu finden. Also fuhr auch Andreas Neubert nach Cottbus.

Dann haben wir am 1. Oktober zu viert dort gesessen, die beiden ehemaligen Häftlinge, der ehemalige Erzieher und ich. Es war zu später Stunde, das Büro war längst geschlossen. Für den Erzieher war immer wichtig, daß keiner sonst hier war, wenn er kam. Da saßen wir also, und es herrschte eine sehr ruhige Stim-

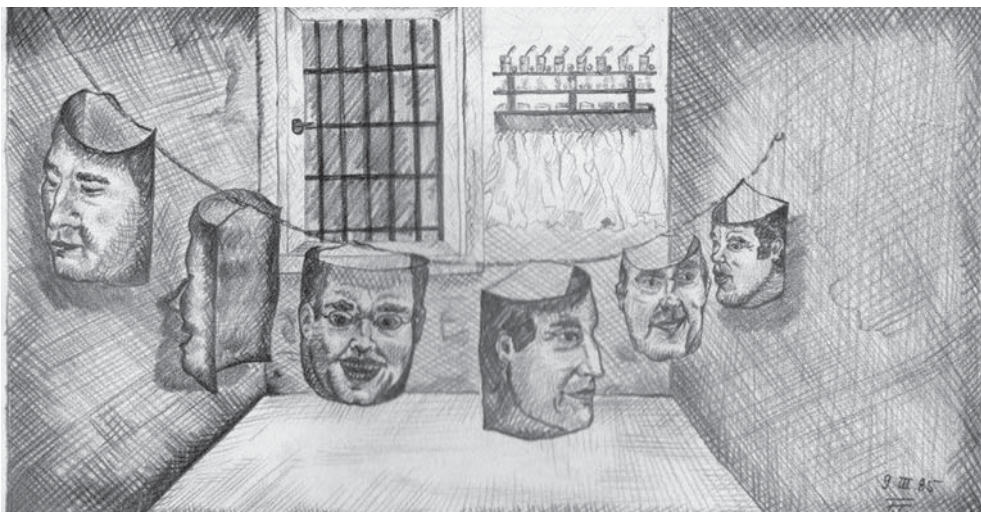
mung. Natürlich haben sie sich erst einmal abgetastet, um ein Gefühl dafür zu kriegen, wer der andere ist. Sie sind sich schnell nähergekommen. Sie haben aus der Vergangenheit erzählt und merkten, daß sie bei ihrem Musikgeschmack einige Gemeinsamkeiten haben. Man muß dazu sagen, daß dieser Erzieher auch etwas anders agierte, als man es von früheren Zeiten im Zuchthaus Cottbus kennt. In den 80er Jahren durften die Häftlinge hier z.B. im Flur Musik hören. Es gab dort ein Tonbandgerät, und sonntags nach dem Saubermachen der Zellen durfte Musik gehört werden. Einmal hat der Erzieher die Häftlinge mitgenommen. Nach dem Saubermachen sind sie in die Speisebaracke gegangen. Und dort haben sie ganz laut The Wall von Pink Floyd gehört. Darüber und über andere Rock-Musik haben sie sich 33 Jahre später im ehemaligen Zuchthaus Cottbus unterhalten.

Der Erzieher hat ein Buch geschrieben, in dem einige der Zeichnungen veröffentlicht sind, und er hat Frank Timpe ein Exemplar geschenkt. Zu den neuen Werken, die wir ausgestellt haben, gehört auch ein Porträt von Frank Zappa. Als der Erzieher das sah, war er ganz glücklich, denn er liebt diesen Musiker auch sehr. Vor Frank Zappa und direkt neben unserem Nagelkreuz, dem Symbol für Versöhnung, hat Frank Timpe symbolisch einen Block mit seinen Zeichnungen entgegengenommen. Symbolisch deshalb, weil wir mittlerweile unten im Foyer auch eine Ausstellung mit seinen alten Bildern zeigen. Es waren also nicht mehr alle Zeichnungen im Block. Dann haben sie sich die Hand gereicht. Frank Timpe fragte: „Frieden?“ Und der Erzieher antwortete: „Frieden.“

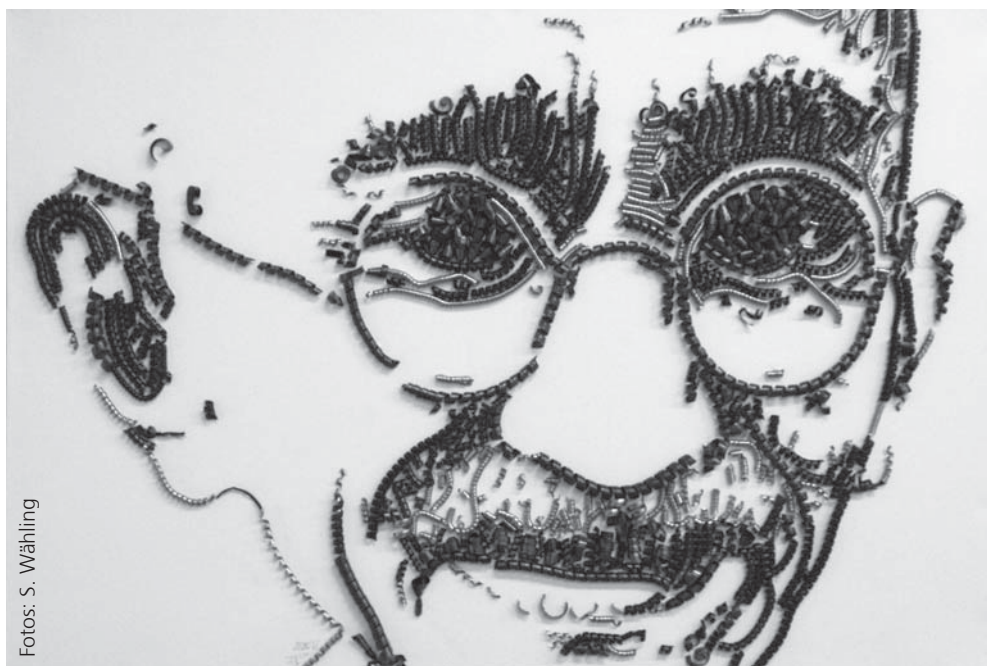
Drei Tage später schrieb mir der Erzieher, wie wichtig dieses Treffen für ihn war und hat es als „historische Begegnung“ bezeichnet.

Die Ausstellung mit den neuen Werken Frank Timpes ist noch bis zum Ende des Jahres in der 2. Etage der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, Bautzener Str. 140, 03050 Cottbus, zu sehen. Die alten Zeichnungen sind dauerhaft im Foyer der Gedenkstätte ausgestellt. Die Gedenkstätte ist außer an gesetzlichen Feiertagen von Dienstag bis Sonntag geöffnet: Di – Fr 10.00 – 17.00 Uhr, Sa/So 13.00 – 18.00 Uhr; Einlaß bis eine Stunde vor Schließung

(Sylvia Wähling ist Geschäftsführende Vorsitzende des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V. und Leiterin der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus.)



„Gedanken über die Zukunft“.



Fotos: S. Wähling

Ein neueres Werk: Frank Timpe, „Mahatma Gandhi“, Stahlspäne.

„Säuberung von feindlichen Elementen“

24. Halle-Forum 2018

Auch nach über 25 Jahren Aufarbeitung der Geschichte der sowjetischen Speziallager gibt es noch dunkle Flecken. Das betrifft den Personenkreis der politischen Häftlinge ebenso wie die Zusammensetzung des Lagerpersonals. Darüber hinaus sind einzelne Speziallager nur spärlich erforscht. Auch müssen die Vorgänge, die zur Lagerhaft führten, wissenschaftlich weiter aufgeklärt werden. Noch immer besteht Ungleichheit bei der Anerkennung von Haft- und Haftfolgeschäden zwischen Opfern der KZ und des GULag. Die russischen Besatzer haben die Einrichtungen der NS-Konzentrationslager wie selbstverständlich für ihre Zwecke genutzt. In der DDR wurden diese neuen Einrichtungen schamhaft „Speziallager“ genannt. Hier wurden Tausende von unschuldigen Menschen – nur wenige waren aktive Nazis – gefoltert und zu Tode gebracht.

Diesen Fragen versuchte das 24. Halle-Forum 2018 nachzugehen und Antworten zu suchen: „Ein Tabu: Zivilisten, Kriegsgefangene und politische Häftlinge in Lagern des NKWD“. Mit drei herausragenden Vorträgen und zahlreichen Diskussionsbeiträgen ist das am 25. und 26. Oktober gelungen. Nicht die Breite, sondern die Intensität des inhaltlichen Stoffes stand im Mittelpunkt. Bereits die Begrüßungsreden führten in die Thematik ein. Der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Dr. Kai Langner, betonte die Kontinuität der Veranstaltung zum 23. Halle-Forum mit dem Fokus auf den zivilen Opfern. Katharina Brederlow, Beigeordnete für Bildung und Soziales der Stadt Halle, geißelte die Speziallager als Stätten der Unmenschlichkeit. Dort habe Stalins Terror geherrscht, der als Demokratie verkauft wurde. Sie führte weiter aus, daß die Speziallager aufgrund des NKWD-Befehls 00315 vom 18. April 1945 mit dem Ziel der „Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Truppen der Roten Armee von feindlichen Elementen“ errichtet wurden. In ihnen sollten als gefährlich eingestufte Personengruppen festgehalten werden. Die sowjetische Besatzungsmacht hielt in den Speziallagern aber einen wesentlich umfangreicheren Personenkreis fest als die westlichen Besatzungsmächte in den dortigen Internierungslagern. Sie ließen sie länger bestehen und benutzten sie vor allem zur Unterdrückung politischer Gegner. Eva Feußner, Staatssekretärin im Bildungsmi-

nisterium von Sachsen-Anhalt, wagte den Ausblick, die Erinnerungen weiterzutragen, das Demokratieverständnis bei der jungen Generation zu schärfen und historische Ereignisse zu bewerten lernen.

Das System sowjetischer Speziallager und der Umgang damit in Ost und West – das Vortragsthema von Dr. Julia Landau verhielt eine große Innen- und Außenschau dieses seit 1917 bestehenden Systems. Dazu kam es nicht. Es hätte wohl auch den Rahmen eines dreiviertelstündigen Vortrages gesprengt. Die Referentin ist Kustodin in der Gedenkstätte Buchenwald und zuständig für die Geschichte des sowjetischen Speziallagers Buchenwald. Sie begann mit einem Überblick zur Geschichte der Speziallager seit 1945, den besonderen sowjetischen Vorstellungen in dieser Besatzungszone, den sowjetischen Militärtribunalen, dem Militärgefängnis in Magdeburg und der organisierten Verschleppung von deutschen Zivilisten in die Sowjetunion als Arbeitsklaven. Am Beispiel Buchenwald zeigte Julia Landau, daß dort neben Funktionsträgern der NSDAP zahlreiche Männer aus dem zivilen Bereich verhaftet worden waren. Diese sollten nach Karaganda geschickt werden. Die Speziallager wurden 1950 aufgelöst, zuerst Sachsenhausen, dann folgten Bautzen und Buchenwald. Zwischen 1948 und 1950 kamen 28 000 Häftlinge frei. Die zahlreichen Toten – sehr viele verhungerten unter unsäglichen Bedingungen – wurden verscharrt und die Gräber unkenntlich gemacht. Heute befindet sich dort der Waldfriedhof. Zahlreiche Informationen zu den Toten fehlen nach wie vor. Der Schriftsteller Erich Loest hat diesen Stoff literarisch bearbeitet.

In der Tschechoslowakischen Republik gab es nach 1945 keine sowjetischen Speziallager, aber dennoch Straflager, die auf sowjetrussischen Druck errichtet wurden. Dazu gehörte das Lager in Jáchymov/Joachimsthal (Rovnost-Schacht) 1946 bis 1961, von 1946 bis 1950 unter Leitung des russischen Geheimdienstes. Neun Lager, so die Referentin Dr. Klára Pinerová aus Prag, standen unter vollständiger Kontrolle des NKWD. Es ging um die beschleunigte Förderung von Uranerz zum Bau der russischen Atombombe. Dazu wurden auch deutsche Kriegsgefangene eingesetzt, die sich selbst „Uransklaven“ nannten. Einige hundert der deutschen Kriegsgefangenen

wurden zwischen 1947 und 1949 zur SAG Wismut entlassen. Die wichtigsten Arbeitskräfte in Jáchymov blieben jedoch die tschechischen Gefangenen. Nach und nach wurde das Lager in Jáchymov ab 1955 aufgelöst und der Bergbau gestoppt, weil der Urananteil zu gering wurde.

Der politische Verein Političti vězni.cz (Politische Gefangene.cz), als Bürgerverein 2008 gegründet, konzentriert seine Tätigkeit auf das Gebiet um Jáchymov. Neben einer Dauerausstellung hat der Verein 2015 den Lehrpfad „Die Hölle von Joachimsthal“ erneuert.

Auf der Suche nach dem Schicksal ihres Vaters stieß Sybille Krägel aus Hamburg auf das wenig bekannte sowjetische Speziallager in Polen: Tost in Oberschlesien, heute Toszek. Sie forschte nahezu im Alleingang zu der Frage, warum ihr Vater 1945 von den Sowjets verhaftet wurde und nach drei Monaten zu Tode kam. Der ursprünglich dänische Automobilfabrikant Hans Rasmussen, frühes Mitglied der NSDAP im sächsischen Hainichen, war der älteste Sohn von Jörgen Skafte Rasmussen. Dieser war nicht irgendwer,



Blick ins Auditorium.

sondern Gründer der legendären sächsischen Motorrad- und Automarke DKW. Er machte seinen Sohn schon in jungen Jahren zum Chef der Framo-Werke in Hainichen, wo schicke Kleinwagen und Transporter vom Band liefen – später in der DDR unter der Marke „Barkas“ bekannt. Als die Todesnachricht die Hinterbliebenen erreichte, war seine Tochter Sybille acht Jahre alt. Die unbeschwerter Kindheit war für sie damit zu Ende. Das Lager wurde bereits im Dezember 1945 aufgelöst. Sybille Krägel berichtete mit großem Elan. Nach wie vor organisiert sie





Abschlußdiskussion mit (v.l.) Dr. Carl-Georg Winter, Dr. Julia Landau, Birgit Neumann-Becker, Sybille Krägel und Dr. Klára Pinerová.

Busreisen nach Tost und engagiert sich für das Gedenken an dieses sowjetische Speziallager mit seinen Opfern. Am 25. Mai nächsten Jahres findet wieder eine Gedenkfeier statt. Sybille Krägel wird künftig materiell unterstützt. Sie arbeitet im Vorstand der UOKG als Beigeordnete und ist Vorsitzende der Initiativegruppe NKWD-Lager Tost.

Die lebendige Diskussion unter der umsichtigen Leitung von Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes-Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, half, zahlreiche offene Fragen zu beantworten. So sprach Dr. Carl-Georg Winter, Vorsitzender der VOS in Sachsen-Anhalt, über die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten der Opferrenten zwischen Opfern des Nazi-Regimes und des Gulag. Abschließend sammelte Frau Neumann-Becker Themenvorschläge für das 25. Halle-Forum. Mit 64 Teilnehmern war das 24. Halle-Forum gut besucht und ein Erfolg für die zahlreichen Helfer und Organisatoren.

Gerald Wiemers

Aus dem Gästebuch einer Ausstellung

Am 13. August, dem Erinnerungstag an den Mauerbau 1961, wurde in der Gedenkstätte Marienborn, wo sich bis 1990 die „Grenzübergangsstelle der DDR“ zur Bundesrepublik Deutschland befand, im Beisein des Vizepräsidenten des Niedersächsischen Landtages, Frank Oesterhelweg, sowie weiterer Landtagsabgeordneter die Bannerausstellung „Mauern-Gitter-Stacheldraht“ der UOKG mit einem Einführungsvortrag eröffnet. Bis zum 24. September 2018 sahen sich viele Besucher die beeindruckenden Ausstellungstafeln mit Schicksalen politischer Häftlinge aus der SBZ und DDR an. Einige schrieben ihre Eindrücke ins Gästebuch, von denen hier Auszüge wiedergegeben werden.

„Man kann kaum begreifen, was Menschen einander antun. Willst du den Charakter eines Menschen erkennen, gib ihm Macht.“ Ein Besucher aus Schottland schrieb: „Wir denken an all die Men-

schen, denen schreckliches Leid angetan wurde. Durch so ein Regime wurden sie getrennt, gefoltert und ermordet. Wie konnte so etwas geschehen?“ Kommentar eine jungen Frau: „Fast 30 Jahre ist es her, noch immer das beklemmende Gefühl, der Druck im Magen.“ Zwei Schülerinnen notierten: „Hallo, hier hat es uns gut gefallen, weil wir hier viel gelernt haben.“ Sogar ein ehemaliger Grenzsoldat schrieb ins Gästebuch: „Hallo, nach 38 Jahren habe ich, W.R., den Weg nach Marienborn aufgenommen. War in Harbke und Morsleben an der Grenze 1979-1980 und habe meinen Grenzdienst hier verrichtet.“ Zwei Frauen äußerten sich so: „Und wer heute sagt, es war nicht alles schlecht, lügt. Oder er liebt den Kommunismus.“

Dann: „Schlechte Erinnerung kommt auf! Gerade wenn man mit der Grenze aufgewachsen ist.“ Ein Besucher war persönlich besonders betroffen: „Hallo,

am 14.12.1974 habe ich diesen Grenzkontrollpunkt in einem Kofferraum versteckt passiert. Als ich erstmals nach dem glücklichen Mauerfall im Januar 1990 diese Grenze Richtung Osten passierte, wollte keiner mehr den hart erworbenen deutschen Paß sehen. So ändern sich glücklicherweise die Zeiten. Aber immer, wenn ich diesen Ort passiere, ist es ein unbeschreibliches Gefühl.“ Mehrere Schülerinnen und Schüler aus Iserlohn notierten: „Hallo eine tolle, interessante & schöne Ausstellung. Wir fanden es sehr beeindruckend. Liebe Grüße“.

Es ist berührend zu erleben, wie die Schicksale der in der UOKG-Ausstellung gezeigten Menschen die Besucher bewegen. Es bleibt zu hoffen, daß die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ihre Entscheidung korrigiert, diese Ausstellung nicht mehr zu finanzieren.

Anton Odenthal

So ändern sich die Zeiten...



Heute lesen ehemalige politische Häftlinge der DDR ihre Akten, die das MfS über sie angelegt hat, hier Dieter Dombrowski(l.) mit Roland Jahn,...



...und dürfen auch an Mielkes Schreibtisch in der Stasi-Zentrale sitzen.

Kindheit auf anderer Ebene

(st) „Vergessene Kinder? Die Nachkommen politisch Verfolgter“ war das Thema des gut besuchten UOKG-Kongresses am 3. November dieses Jahres in der Gedenkstätte Berliner Mauer. Nach der Begrüßung durch den Hausherrn, Prof. Dr. Axel Klausmeier, und den UOKG-Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski führten Constanze Helber, UOKG-Vorstandsmitglied, und Elke Schlegel, UOKG-Regionalbeauftragte für Rheinland Pfalz, in die Thematik ein. Helber beschrieb die Gruppe der drei- bis 16jährigen Kinder, deren Eltern in politischer Haft waren, als bisher nicht beachtete Opfer. Sie seien häufig traumatisiert, hätten noch heute unbeantwortete Fragen und machten ihren Eltern auch gelegentlich Vorwürfe. Sie forderte eine Studie zu dem Thema sowie die Rehabilitation.

Schlegel schilderte sehr bewegend ihre Verhaftungssituation 1984, als ihr Sohn zweieinhalb Jahre alt war. Ihr gehe es vor allem um Kinder, die nach der Verhaftung der Eltern privat versorgt wurden. Auch sie hatten allgemeine Nachteile in der Schule und später im Beruf, sie erhielten keine finanzielle Unterstützung. Elke Schlegel forderte für sie Entschädigung und Respekt.

Die Psychologin und Psychotherapeutin Prof. Heide Glaesmer gab dann einen Überblick über den Wissensstand und theoretischen Rahmen der transgenerationalen Übertragung traumatischer Inhalte. Sie unterschied Traumata zwischen einmalig und mehrfach entstanden bzw. langanhaltend sowie zwischen durch Naturereignisse und durch Menschen entstanden. Dabei bezog sie sich vor allem auf Untersuchungen an Nachgeborenen. Kinder, die bei Verhaftung der Eltern bereits geboren waren, gehörten für sie ganz klar zu den Opfern. Psychodynamische Mechanismen in entsprechenden Familien seien u.a. die Identifikation mit der Lebensgeschichte der Eltern, ein Übermaß an Liebe und Fürsorge, Kinder seien bemüht, die Eltern nicht noch mehr zu verletzen. Es seien epigenetische Veränderungen festzustellen, auch wenn die Eltern vor der Zeugung traumatisiert wurden. Empirisch fielen erhöhte Raten von PTBS und vor allem von Angststörungen auf.

Die Psychologin Dr. Maya Böhm berichtete anschließend von Studienergebnissen zum Thema „Familien politisch

Inhaftierter“. Bei mehr als ein Viertel der befragten Familien waren beide Eltern in Haft, fast die Hälfte der Kinder war bei der Verhaftung schon geboren, die Haftzeit betrug zwischen drei und 102 Monaten, für über 38 Prozent war die Haft absehbar, für über 36 Prozent nicht. Weniger als die Hälfte haben vorher die drohende Verhaftung besprochen. Für die Kinder war die Haft nicht absehbar, die Mehrheit war nicht bei der Verhaftung dabei, jedoch hat die Hälfte Hausdurchsuchungen erlebt. Mehr als ein Drittel wurde selbst verhört. Die meisten wurden nach einem Heimaufenthalt bei Großeltern untergebracht, fast ein Fünftel hatte keinerlei Kontakt zu den Eltern. Über 90 Prozent der Inhaftierten haben auch Repressionen nichtstrafrechtlicher Art erlebt, ebenso 57 Prozent ihrer Partner und 30 Prozent ihrer Kinder. Die psychische Belastung sei bei allen drei Gruppen stärker als bei der allgemeinen Bevölkerung.

Es folgte der Werkstattbericht eines Interviewprojektes der Dokumentarfilmerin Alexandra Pohlmeier. Aus einem Interviewprojekt mit 60 politisch Verfolgten – überwiegend Frauen – ergab sich als Folgeprojekt die Frage nach ihren Kindern. Die Bereitschaft der inzwischen Erwachsenen für ein Interview war unterschiedlich ausgeprägt: Manche lehnten ab, manche sagten zu unter der Bedingung, daß die Eltern es nicht zu sehen bekämen, andere sagten zu, aber der einst inhaftierte Vater dürfe davon nichts wissen, und ein Proband wollte eigentlich nicht, erklärte sich aber seiner Mutter zuliebe bereit. Viele fanden den Gedanken an die Not und Schwäche ihrer Eltern schrecklich, manche waren von dem Thema genervt, weil immer wieder darüber erzählt wurde, anderen fehlte eine Erzählung über die Haft. Von den Kindern wurde mehr oder weniger „eine gewisse Schwere“ im Leben der Eltern festgestellt.

Die sich anschließende Podiumsdiskussion beschäftigte sich mit den Erfahrungswelten politisch verfolgter Eltern und ihrer Kinder. Es nahmen teil eine Mutter, Prof. Dr. Karin Sorger, ihre Tochter Dr. Na-

talie Wöhrle und die Tochter Dr. Katrin Klein, deren Mutter Dr. Ute Steinhäuser aus gesundheitlichen Gründen verhindert war. Bewährt einfühlsam wurde das Gespräch moderiert von der Journalistin Isabell Fannrich-Lautenschläger. Das Schlimmste war für Karin Sorger, daß sie nicht auf ihre Verhaftung vorbereitet war und daß sie nicht wußte, ob sie nach der Entlassung in den Westen ihr Kind, das inzwischen bei dem geschiedenen Vater lebte, wiederbekommen würde. Natalie Wöhrle wußte über ein Jahr lang überhaupt nicht, was mit ihrer Mutter geschehen war. Zu Katrin Klein sagte die Staatssicherheit, ihre Eltern seien Verbrecher und sie käme ins Heim. Während der Heimzeit hätten allerdings die Eltern ihrer Freundinnen sie „mit Güte versorgt“. Offenbar gab es ein starkes soziales Umfeld, das sie auffing. Nach der Entlassung habe die Mutter wenig über die Haft gesprochen, aber als Katrin Klein selbst schon Kinder hatte, haben die Mutter, sie und die Kinder eine „Knast-Tour“ gemacht.

Natalie Wöhrle faßte zusammen, der Teil ihrer Kindheit, während die Mutter nicht da war, „fand auf einer anderen Ebene statt“.

Schließlich wurde der Dokumentarfilm „Jeder schweigt von etwas anderem“ von Marc Bauder und Dörte Franke aus dem Jahr 2006 gezeigt, in dem drei betroffene Familien mit der Frage kämpfen, wieviel Vergangenheit sie heute noch zulassen wollen.

Anne Gollin, eine der Protagonistinnen, stellte sich zum Schluß den Fragen aus dem Publikum. Das tat sie so witzig, authentisch und energiegeladen, daß ihr Auftritt etwas sehr Befreiendes hatte. 🇩🇪



Auf dem Podium: (v.l.) Karin Sorger, Natalie Wöhrle, Katrin Klein und Isabell Fannrich-Lautenschläger.

Zukunftsthemen

(st) Am 24. und 25. November 2018 fand in Berlin das UOKG-Verbandstreffen mit den Themen „Den Opfern gerecht werden – Die Zukunft gestalten“ und „Lagergemeinschaften – Die zweite Generation“ statt. Tom Sello, Berliner Beauftragter für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, umriß zunächst die Felder seiner Arbeit. Nach der Änderung des LStU-Gesetzes seien die Aufgaben Bildung, Beratung und Projektförderung geblieben, hinzugekommen sei die Entwicklung des Campus für Demokratie, die Ermöglichung des Zugangs zum Gefängnis Keibelstraße und die Evaluation der Aufarbeitung in Berlin.



Während des Verbände-Treffens.

Sie solle dazu führen, schnelles unbürokratisches Handeln von Verwaltung und Politik zu gestatten. Besonders wichtig sei derzeit, die Entfristung und Erweiterung der Unrechtsbereinigungsgesetze zu erreichen.

Roland Jahn, BStU, versicherte, die Ratschläge der Opfer seien für ihn wichtig, es gelte, den Opfern gerecht zu werden und eine Brücke zur nächsten Generation zu schlagen. Der Gesamtbestand der Stasi-Akten müsse auf jeden Fall erhalten bleiben. Veränderung dürfe nicht zu einem Schlußstrich, sondern müsse zu Verbesserung führen. Jahn warb für seinen Vorschlag, das Amt des BStU nach Ablauf seiner Amtszeit in einen Bundesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur umzuwandeln. Die Bundesstiftung Aufarbeitung hatte sich mit dem Argument, so würden Parallelstrukturen geschaffen, dagegen gewandt. Eine Resolution der Mitgliedsverbände, die Jahns Forderung unterstützt, wurde später verabschiedet (s.S. 3).

Es schloß sich ein Vortrag des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950, Joachim Krüger, an. Er konstatierte, daß die 2. Generation

in seinem Verband nicht besonders aktiv sei, sondern eher Interessierte von außen hinzukämen. So seien die ehemalige Vorsitzende Gisela Gneist noch selbst betroffen gewesen, ihre Nachfolgerin Viktoria Heidecke die Tochter eines in Sachsenhausen Umgekommenen, und er selbst von außen gekommen. Das jährliche Gedenken der Arbeitsgemeinschaft finde an den Orten ehemaliger Kommandantenhof, Gedenkstein am Durchgang zur II. Zone, An der Düne und Schmachtenhagener Forst statt. Dies sei der Tatsache geschuldet, daß es mehrere Massengräber gebe. Viele Betroffene seien inzwischen

gestorben oder schon sehr alt, deshalb sei es wichtig, möglichst viele Zeitzeugenberichte zu dokumentieren. Bezüglich der Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Sachsenhausen hoffe er auf große Offenheit des neuen Gedenkstättenrektors, Dr. Axel Drecol. Krüger berichtete, daß die Arbeitsgemeinschaft auch viele kleine regionale Gedenkinitiativen

unterstütze, z.B. in Malchow, Alt-Strelitz, Penzlin, Waren/Müritz, Tangermünde, Luckau und Untermaßfeld. Dort würden sie teilweise Bürgerversammlungen einberufen, um Geschichte zu vermitteln. Ziel sei es, die Gemeinden vor Ort zu ermutigen, das Gedenken selbständig weiterzuführen.

Sybille Krägel von der Initiativegruppe NKWD-Lager Tost/Oberschlesien beschrieb anschließend, wie die Geschichte dieses relativ unbekannten Lagers im heutigen Polen aufgearbeitet wurde. Nach 1989 begann sie, die Spuren ihres dort umgekommenen Vaters zu verfolgen. Über Suchartikel in Tageszeitungen nahm sie Kontakt zu anderen Angehörigen von Opfern auf. Mit Hilfe des Suchdienstes, eigener Recherchen und einer aus dem Lager geschmuggelten Sterbeliste kam sie im Laufe der Jahre auf insgesamt viereinhalb tausend Personendaten. Inzwischen hat sie ca. 20 Gedenkfeiern in Tost/Toszek organisiert und wurde von der Stadt zur Ehrenbürgerin ernannt.

Die Mitgliederversammlung war dominiert vom Bericht des Vorstandes über Aktivitäten der UOKG im letzten halben Jahr. Die Liste der Erfolge ihrer Arbeit,

die Bundesvorsitzender Dieter Dombrowski neben eigenen Veranstaltungen und Beteiligung an anderen vortragen konnte, war beträchtlich. Das würdigte auch der anwesende ehemalige Bundesvorsitzende Rainer Wagner. So wurden u.a. die Bundesratsinitiativen zur Anerkennung von Heimkindern als politisch Verfolgte, zur Entfristung der Reha-Gesetze und zur Erweiterung sowie Verbesserung der Unrechtsbereinigungsgesetze auf den Weg gebracht, sie sind inzwischen verabschiedet worden. Härtefallfonds nach dem Vorbild Brandenburg sollen in Sachsen und Berlin entstehen. Mit einzelnen Verbänden wurden Petitionen zur Altersrente und zu den Zwangsausgesiedelten erarbeitet und übergeben, eine Machbarkeitsstudie zur DDR-Zwangsadoption als Voraussetzung für eine Hauptstudie wurde begleitet. Der Berlinpaß ist seit Februar erhältlich, die UOKG hat sich für eine Erweiterung des Kreises der Bezieher eingesetzt und arbeitet daran, daß dieses Modell auch in anderen Bundesländern etabliert wird. In einem Dialogforum mit dem neuen Ostbeauftragten Hirte und Unterstützung von Brigit Neumann-Becker wurde vereinbart, an der Medizinischen Hochschule in Magdeburg ein Kompetenzzentrum zur Beurteilung und Behandlung von Traumafolgen ehemals politischer Verfolgter zu schaffen.

In der Außerordentlichen Mitgliederversammlung, die sich anschloß, wurde zunächst über die Position der UOKG gegenüber der Partei Die Linke diskutiert. Anlaß war ein Interview Dieter Dombrowskis mit der Lausitzer Rundschau. Ein Mißtrauensantrag der VOK-Deutschland und der Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um ein Positionspapier der UOKG zur Partei Die Linke zu erarbeiten (demnächst auf www.uokg.de). In einem zweiten Teil befaßte sich die Versammlung mit der Abberufung von Dr. Hubertus Knabe als Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen durch den Stiftungsrat der Gedenkstätte, dem auch Dieter Dombrowski angehört. Nach intensiver und ausführlicher Diskussion beschlossen die Teilnehmer mit großer Mehrheit, kein Votum abzugeben, weil zum Sachverhalt zu wenige Informationen vorlägen und Gerichte diese Frage klären müßten.



Gedenkfeier in Tost 2019

Am 25. Mai 2019 tourt der Bus der Firma Gläser-Reisen ab Drebach/Erzgebirge wieder einmal nach Tost. Ganz früh, wie immer. Auf dem Weg hält er nächtens, um Teilnehmer einzusammeln, z.B. in Dresden beim Hotel IBIS, Prager Str. gegen 4.30 Uhr. Die Rückfahrt ist am gleichen Tag.

Im September war ich bereits in Tost, u.a. um mit dem Deutschen Freundschaftskreis – mit Dorothea Matheja – einige Programmpunkte zu besprechen. Wie immer fand ich unsere Gedenkstätte wunderschön gepflegt vor, herbstliche Schalen und Ewige Lichter schmückten den kleinen Platz, wo wir uns im nächsten Jahr wieder treffen werden.

In der vorigen Ausgabe des „Stachel-drahts“ erschien eine Rezension zur Dokumentation in der Reihe „Die Spur der Ahnen“, die am 10.10. im MDR unter dem Titel „Der Tod des Automobilfabrikanten“ lief. Der Fabrikant war mein Vater aus Hainichen/Sachsen, der im September 1945 im NKWD-Lager Tost umkam, Chef der FRAMO-Werke, die später BARKAS hießen. Dazu eine kurze Erklärung: Während des Drehs mit dem MDR sollte ich wiederholt bestätigen, daß mein Vater Mitschuld am Krieg trägt, weil er in seiner Firma auf Befehl Rüstungsgüter herstellte, wozu Zwangsarbeiter und zuletzt noch jüdische Frauen eingesetzt wurden, die meisten Mitarbeiter befanden sich an der Kriegsfront. Mein Einwand, daß er einer unter vielen Industriellen war, die aufgrund eines

Regierungsbefehls für den Totalen Krieg tätig zu sein und keine Chance hatten, sich zu verweigern, ließ man nicht gelten. Tatsächlich sind Menschen, die als Kriegsverbrecher galten, gleich vor ein Sowjetisches Militärtribunal gekommen. Mein Vater aber kam mit über 4550 Männern, Frauen und Jugendlichen über das Gelbe Elend „nur“ nach Tost/Toszek in ein NKWD-Lager, wo er nach wenigen Wochen umkam, wie zwei Drittel seiner Haftkameraden.

Dieser Menschen wollen wir am 25. Mai 2019 an unserer Gedenkstätte gedenken, aber auch der Überlebenden, die damals dort unsagbar leiden mußten, ohne daß eine individuelle Schuld nachgewiesen wurde. Bereits vor Kriegsende wurden Listen zusammengestellt mit Namen derjenigen, die im neuen System keinen Platz mehr haben durften, weil sie die politische Erneuerung nach sowjetischem Vorbild gefährden würden – die hatten zu verschwinden. Im Archiv von Chemnitz wurde mir die Liste gezeigt, auf der 80 Hainicher zur Verhaftung vorgesehen waren. In meiner Datenbank befinden sich 78 Männer aus Hainichen und Umgebung, von denen 40 in Massengräbern verscharrt wurden, zwischen Juli und November 1945, darunter Bauern, Schuhmacher, ein Diakon, Hausmeister, Gastwirte, ein Frisör.

Mir ist übrigens nicht bekannt, daß Menschen, die den FRAMO-Nachfolger BARKAS zum Gefangenen-Transporter mit winzigen Zellen umbauten, nach

dem Mauerfall verhaftet oder angeklagt wurden.

Anmeldungen zur Teilnahme an der Gedenkfeier mit Besuch im ehemaligen Gefängnis nehme ich gern entgegen. Die Kosten für Bus ab/bis Drebach/Erzgebirge, Verpflegung in Tost auch für lokale Gäste, wie Angehörige des Deutschen Freundschaftskreises e.V., Bürgermeister, deutsche Konsulin, Presse, lokale VIPs, sowie Blumenschmuck, Musikkapelle und das Ave Maria, gesungen von Sabine Olbrich beim zweisprachigen ökumenischen Gottesdienst in der Kirche, betragen dank einer großzügigen Zuwendung durch den Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 60 Euro pro Person. Spenden für die Gedenkstätte werden gern angenommen, Hotelzimmer in Dresden sind reserviert.

Seine Teilnahme an der Gedenkfeier hat auch ein ganz besonderer Gast zugesagt. Es ist Janusz Marszałek, ehemaliger Bürgermeister von Auschwitz und heute Vize-Präsident der Europäischen Senioren-Union. Er wird eine Rede halten.

Am 21. Oktober 2018 wurde übrigens Grzegorz Kupczyk in Tost als Bürgermeister mit großer Mehrheit wiedergewählt. Er ist der Garant, daß wir in Tost weiterhin immer willkommen sein werden.

Sybille Krägel, I.G. NKWD-Lager Tost/Oberschlesien 1945, Krefelder Weg 14, 22419 Hamburg, Tel. (040) 53 32 05 99, E-Mail kraegel@uokg.de 

Suchanzeigen

Wer kannte meinen Urgroßonkel?

Mein Urgroßonkel Werner Knab, geboren 1918 in Arnstadt/Thüringen, wurde am 22. Januar 1947 aus USA/britischer Gefangenschaft entlassen. Er kehrte nach Arnstadt zurück, wo er bei seinen Eltern (Heinrich Knab und Elsa Lina, geborene Kämpfe), Längwitzer Mauer 24, wohnte. Als er ca. Februar/März 1947 von einem Schneeschuh-Ausflug zurückkehrte, saß ein Mann im dunklen Ledermantel am Küchentisch. Er bat Werner, mit auf die russische Kommandantur zu kommen. Er wurde nie wieder gesehen. Der Suchdienst des Roten Kreuzes der DDR meldete dem Standesamt Arnstadt im Juni

1959 den Tod meines Urgroßonkels. Laut Sterbeurkunde starb er bereits am 23. Januar 1948 in der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“. Alle Anfragen zur Aufklärung des Schicksals meines Urgroßonkels beim DRK und entsprechenden Dokumentationsstellen waren ohne Erfolg.

Wer kann helfen? Was geschah mit Werner Knab zwischen seinem Verschwinden im Februar/März 1947 und seinem Tod im Januar 1948? Wer ist ihm begegnet? Über jede Information freut sich sehr:

Stefanie Green, Wickepin, Western Australia, E-Mail stefieb@googlemail.com; oder per Post über Anschrift der Redaktion

Das Potsdam-Lied

Ich habe die Zeit von April bis August 1950 im Lindenhof verbracht, bin dort vom SMT verurteilt worden und nach Bautzen gekommen. In der Verurteilten-Zelle habe ich das Potsdam-Lied kennengelernt, erinnere mich heute leider nur an Bruchstücke:

*Wir haben in Potsdam gesessen
im Gefängnis der NKWD.*

*Wir haben geweint und gehungert
und das Herz tat vor Sehnsucht uns weh.*

Und es geht weiter nach der Melodie
„Auf den Flügeln bunter Träume“:

Mauern stürzen, Gitter brechen...

Der Text dazwischen fehlt mir...

Das Lied endet mit:

Unser kostbarstes Gut soll immer die goldne Freiheit sein.

Wer kennt den ganzen Text dieses Liedes?

drothereff@t-online.de

Europäisches Ausstellungsthema

70 Jahre „Jahr der Heimkehr“ – 20 Jahre Ausstellung „Willkommen in der Heimat“ in Frankfurt (Oder)

(cs) Die Sonderausstellung erinnert an ein Thema, das für das Land Brandenburg und ganz Deutschland von einschneidender Bedeutung war, aber auch die Geschichte gleich mehrerer europäischer Länder berührt. Gemeint ist das „Jahr der Heimkehr“ 1948, für das die endgültige Rückkehr sämtlicher deutscher Kriegsgefangener verkündet worden war und in dem das Land Brandenburg neben vielen anderen die gewaltige Aufgabe zu bewältigen hatte, die Rückkehr Hunderttausender zu organisieren.

Der Stadt Frankfurt (Oder) kam dabei eine Schlüsselrolle zu, wurde doch der weit überwiegende Teil der in der Sowjetunion gefangenen Soldaten und Zivilisten – etwa 1,8 Million – hier in die Freiheit entlassen und betrat in der Oderstadt nach Jahren äußerster Entbehrungen zum ersten Mal wieder deutschen Boden.

Die Sonderausstellung ergänzt die weiterhin bestehende Dauerausstellung, –

zieht rückschauend Bilanz – und zeigt Perspektiven, wie der Themenkomplex Heimat, Heimkehr, Heimatverlust einerseits und Krieg, Kriegsgefangenschaft, Deportation andererseits zukünftig in einem europäischen Kontext präsentiert werden soll.

Noch bis zum 13. Januar 2019 zu sehen in der:

Gedenk- und Dokumentationsstätte
„Opfer politischer Gewaltherrschaft“
Collegienstraße 20
15230 Frankfurt (Oder)

Öffnungszeiten:

Di u. Do 10.00–17.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung



Neue Posterausstellung für 2019

(HT) „Die Macht der Gefühle – Deutschland 19|19“ heißt eine neue Posterausstellung. Anlaß der Schau sind die zahlreichen Jahrestage, die 2019 dazu anregen, sich mit der Geschichte von Demokratie und Diktatur in Deutschland auseinanderzusetzen: 100 Jahre Gründung der Weimarer Republik, 90 Jahre Weltwirtschaftskrise, 80 Jahre Überfall auf Polen und Beginn des Zweiten Weltkrieges, 75 Jahre 20. Juli und Landung

in der Normandie, 70 Jahre doppelte deutsche Staatsgründung, der Regierungswechsel in Bonn vor 50 Jahren, 30 Jahre Friedliche Revolution und 15 Jahre EU-Osterweiterung. „Die Macht der Gefühle“ wählt eine emotionsgeschichtliche Sicht auf die letzten 100 Jahre und verdeutlicht die politische und gesellschaftliche Wirkungsmacht von Emotionen wie Angst, Hoffnung, Liebe oder Wut. Sie nimmt heutige Erscheinungsformen von

20 Gefühlen zum Ausgangspunkt und zeigt deren Entwicklung im 20. Jahrhundert auf.

Die Ausstellung von Ute und Bettina Frevert wurde herausgegeben von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ sowie der Bundesstiftung Aufarbeitung. Sie umfaßt 22 DIN-A1-Plakate und kann ab sofort gegen eine Schutzgebühr von 30 Euro bestellt werden (über www.machtdergefuehle.de). Geliefert wird ab dem 11. März 2019. Die Rechnungsstellung erfolgt bei Lieferung.



Abschied



Foto: R. Klaus

Detlev Putzar 2014 bei einer Rede in Malchow.

Am 21. Oktober 2018 ist Detlev Putzar in Potsdam gestorben. 1929 in Berlin geboren, erlebte er kommunistische Willkür als Fünfzehnjähriger ab September 1945 in Malchow mit seiner Verhaftung, der anschließenden wochenlangen Folter, Verurteilung in Waren (Müritz) zu zehn Jahren Lager und der unmenschlichen Haft in Alt-Strelitz, Sachsenhausen und Untermaßfeld (bis März 1951).

1952 nahm ihm nach seiner Flucht in die Bundesrepublik Deutschland der „Anerkennungsausschuß“ im Flüchtlingslager Sandbostel (Niedersachsen) den Entlassungsschein ab. Später erfuhr Detlev: Dieser Ausschuß – unterwandert von Kommunisten, Zuträgern für Geheimdienste in der DDR – negierte den

Beleg (weil Sowjets keine Kinder verhaftet hätten) ebenso wie Zeugenaussagen von sieben ehemaligen Haftgefährten („Absprache“).

Sechs verlorene Jugendjahre holte Detlev mit enormer Selbstdisziplin und Lernfähigkeit zügig auf. Zunächst arbeitete er in einer Forschungsanstalt der Fischerei, später, nach Besuch einer Textil-Fachschule, in der Webereibranche und – ab Mitte der 1970er Jahre nach erfolgreicher Ausbildung – als Lehrer und danach als Oberstufenlehrer an einer Waldorfschule bis zu seiner Berentung 1996.

Nach der Berentung widmete sich Detlev Putzar intensiv und umsichtig dem Andenken seiner in Haft umgekommenen Kameraden aus Malchow und darüber hinaus. Fast zwanzig Jahre lang organisierte er Gedenken des Freundeskreises überlebender Betroffener der „Malchower Werwolftragödie 1945/46“.

Seit 2013 war er Ehrenmitglied unserer Arbeitsgemeinschaft.

Auch ihn rehabilitierte der Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation.

Zehn Tage vor dem Ableben fuhr er gemeinsam mit seiner Frau vom Heimatort Reutlingen zum Empfang beim Brandenburger Ministerpräsidenten nach Potsdam. Danach mußte er in ein Krankenhaus und verstarb dort unerwartet.

Detlev Putzar hinterläßt uns wertvolle Aufzeichnungen (z. B. 27 gemalte Erinnerungen an seine Haftzeit) und tiefsinnige Reden, die er bei diversen Gedenkveranstaltungen hielt. Doch vieles wollte er noch sagen und schreiben.

Wir bedauern seinen plötzlichen Tod und behalten ihn als eine integre, herausragende Persönlichkeit in bester Erinnerung.

Reinhard Klaus, Jutta und Horst Vau
(Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
Lager Sachsenhausen 1945–1950)

Das Telefongeheimnis in der DDR

Es war wahrscheinlich in den frühen 80er Jahren, als ich an einem Montag gleich zum Arbeitsbeginn um acht Uhr von der Sekretärin meines Ärztlichen Direktors, Frau Wollmuth, in meiner Abteilung angerufen wurde. Sie teilte mir bedeutungsvoll mit: Dr. Döring wolle mich unbedingt am nächsten Tag in aller Herrgottsfrühe persönlich in seinem Dienstzimmer sprechen. Gleichzeitig verhehlte sie nicht, daß es sich um etwas „Schlimmes“ handeln würde. Mehr verriet sie mir nicht. Obwohl ich mir lange überlegte, was es sein könne, fiel mir nichts besonders Gravierendes ein.

Am nächsten Morgen machte ich mich daher unbetrübt auf den Weg in das ca. zwei Kilometer entfernte Kreiskrankenhaus, wo mich Dr. Döring mit einer sehr ernsten Miene – fast etwas mürrisch – empfing und in barschem Ton zu mir sagte, daß ich „Feinden der Republik“ mein Telefon geliehen hätte und ähnliche Gespräche wie am letzten Wochenende sofort und künftig zu unterlassen hätte. Sicher bereitete ihm, der stets parteilos blieb, diese „Aussprache“ keine Freude, die er als Betriebsleiter im Auftrag Dritter durchführen mußte. Das war „normal“ in der DDR. Gerne machte er das sicher nicht.

„Bisher dachten wir nicht, daß Sie mit Feinden der Republik in einem Boot sitzen. Wenn Sie jedoch Ihr Verhalten nicht ändern, so müssen wir das annehmen. Im übrigen möchte ich Ihnen sagen: Wie lange wir Sie noch halten können, wissen wir nicht.“ Ich war mit ihm allein. Warum diese unterkühlte Atmosphäre unter Kollegen? „Also wird mein Apparat abgehört.“ Die Antwort meines an sich sehr guten, menschlichen Chefs: „Niemand hört Ihr Telefon ab.“

Was war so Schwerwiegendes geschehen?

Ein privater Telefonanschluß war in der DDR etwas ganz Besonderes. Wie alle Ärzte besaß auch ich dieses Privileg und war damit in unserem Wohnhaus der einzige, der Ferngespräche direkt aus seiner Wohnung führen konnte, ohne das nahegelegene Postamt aufsuchen zu müssen. Auch andere Hausbewohner benutzten gern meinen Anschluß, den ich selbstverständlich niemandem verwehrte.

Am Freitagabend vor der Aussprache erreichte mich ein Ferngespräch. Die über 20jährige Sabine S., die zwei Stockwerke unter uns gewohnt hatte, bat mich mit

einer sehr freundlichen, beinahe fröhlichen Stimme, ihren Vater zu uns an das Telefon zu holen, weil sie mit ihm ein dringendes Gespräch führen wolle. Ich dachte mir nichts dabei und hatte, möglicherweise auf Grund einer damals schon erkennbaren Hörverminderung, nicht bemerkt, daß der Anruf aus der norddeutschen Elbmetro-pole Hamburg kam.

ren Wunsch beide Eltern zu uns. Vorher wechselte ich einige freundliche Worte mit ihr, ohne daß ich über den Grund und die Art ihrer Republikflucht etwas erfahren wollte.

Nach der „Aussprache“ mit meinem Chef teilte ich den Eltern mit, daß ich Schwierigkeiten wegen der beiden Telefonate ihrer Tochter hätte, ohne daß ich darauf bestand, ihre Sabine solle künftige Gespräche über meine Leitung generell un-

Abteilung 26

Die Abt. 26 des MfS war für die Telefonüberwachung in der DDR zuständig. Sie ging 1955 als Abteilung O aus der HA 5 (Technische Sicherheit) hervor und wurde 1960 in Abt. 26 umbenannt.

Neben den Abhörmaßnahmen im Telefonnetz fielen die Kontrolle der Telexnetze (Maßnahme T) ebenso in ihren Aufgabenbereich wie (akustische) Abhörmaßnahmen in Räumen (Maßnahme B), die Beobachtung von Privat- oder Diensträumen (Maßnahme D), die Abwehr von Abhörangriffen westlicher Geheimdienste auf Räume des MfS (Maßnahme X) sowie der Einsatz von chemischen, physikalischen und radioaktiven Markierungsmitteln (Maßnahme S).

In den 70er und 80er Jahren setzte die Abt. 26 in großem Maße Videokameras und Abhörgeräte in Wohnungen, Hotels, Dienstgebäuden und Haftanstalten ein. Daneben verfügte die Abt. 26 über ein eigenes Referat zur Spionageabwehr, um westliche Spionagetechniken zu beschaffen. Die seit Anfang der 70er Jahre wachsenden Auslandsbeziehungen der DDR erweiterten das Aufgabenfeld der Abt. 26 zusätzlich. In den Auslandsvertretungen der DDR wurden abhörsichere Telefone eingebaut.

Zu Beginn der 80er Jahre überforderte die Ausweitung der Aufgaben im Operationsgebiet die Abt. 26 derart, daß es ihr an Kräften und Mitteln zur Bewältigung der Überwachungsaufträge in der DDR fehlte. Deshalb wurde ihr Operationsfeld 1983 auf die Überwachung des drahtgebundenen Telefonverkehrs innerhalb der DDR eingeschränkt. Die Westarbeit der Abt. 26 wurde von der HA III übernommen.

(aus: BStU MfS-Lexikon/Angela Schmole)

Ich holte Herrn S. an die Leitung. Er freute sich riesig und strahlte über das ganze Gesicht. Nach dem Telefonat erfuhr ich von ihm, daß seine älteste Tochter die Republik erfolgreich illegal verlassen hatte. Sie hatte im östlichen Ausland einen westdeutschen Medizinstudenten kennengelernt und sich offenbar in ihn verliebt. Nach wiederholter Ablehnung eines Besuchsbegehrens durch die örtlichen Behörden sei ihr das Bravourstück gelungen. Die Freude steckte an. Auch wir waren mit Herrn S. glücklich über die erfolgreiche Aktion und erzählten niemandem etwas davon.

Schon am nächsten Morgen rief Sabine erneut an. Dieses Mal holten wir auf ih-

terlassen. Diese Entscheidung wollte ich nicht treffen.

Daraufhin rief Sabine nur noch selten bei mir an. Auch diese von staatlicher Seite unerwünschten Kontakte zu ihren Eltern unterband ich nicht, vermied aber jede Unterhaltung, die über die bloße telefonische Vermittlung hinausging. Offenbar hatten sich die „Langohren“ mit diesem Modus meiner erzwungenen Wortkargheit abgefunden, denn künftige unangenehme Aussprachen mit meinem Direktor, der in der DDR stets ein ärztlicher Kollege war, kamen nicht mehr vor.

Heinz Schneider



Vom MfS für verschiedene Zwecke hergestellte Wanzen mit magnetischen Mikrofonen, teilweise mit Sender und Verstärker.

Foto: Appalbos

Geschwisterbriefe

Am 30. Mai 1964 kam es im Elternhaus Brigitte Reimanns in Burg bei Magdeburg zu einer Aussprache zwischen der aus Hoyerswerda angereisten Schriftstellerin und ihrem ein Jahr jüngeren Bruder Lutz. Er hatte in Rostock studiert und war Ostern 1960 als diplomierter Schiffsbauingenieur mit Frau und neugeborenem Kind „republikflüchtig“ geworden. Er wußte

aus seiner Berufserfahrung als Naturwissenschaftler, daß der SED-Staat eine Totgeburt war und der Sozialismus eine Chimäre.

Brigitte Reimann (1933–1973) hat den jähen Verlust ihres Bruders an den westdeutschen „Klassenfeind“ nie verwunden. Noch ein Jahr nach der Flucht, in einem Brief an die Eltern, nannte sie ihn einen „Verräter“, der in seinen Briefen die DDR immer nur als „Ostzone“ bezeichnete. Außerdem warf sie ihm vor, „jahrelang von unserem Geld gelebt und

studiert“ zu haben, ohne „geringste Gegenleistung“. Das war der ständig erhobene Vorwurf der Funktionäre gegenüber „republikflüchtigen“ Studenten, sie hätten von „Arbeitergroschen“ gelebt, als ob es irgendeine andere Möglichkeit gegeben hätte, sein Studium zu finanzieren. Der in Hamburg lebende Westbruder durfte also Eltern und Geschwister besuchen, nachdem ihm Brigitte Reimann über Otto Gotsche (1904–1985) – als Walter Ulbrichts Sekretär einer der mächtigsten Männer im SED-Staat – ein Einreisevisum besorgt hatte. Die SED-Genossin Brigitte Reimann brauchte aber ihren Westbruder, mit dem sie sich jetzt versöhnt hatte, noch aus ganz anderen Gründen: Er sollte ihr Bücher schicken, die in der DDR verboten waren, also „staatsfeindliche“ Literatur! Da sie wußte, daß solche Bücher, an ihre Privatadresse in Hoyerswerda gerichtet, nie angekommen wären, bat sie Bruder Lutz, die Bücherpäckchen an den DDR-Schriftstellerverband in Ostberlin zu

schicken, von dort würden sie weitergeleitet. Darunter waren nun auch wirklich „antikommunistische Machwerke“ wie der vorzügliche Essayband „Der Mensch ohne Alternative. Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit, Marxist zu sein“ (München 1960) des polnischen Philosophen Leszek Kołakowski (1927–2009). Aus diesem Bücherwunsch und daraus, daß sie offensichtlich auch das zweibändige „Deutsche Tagebuch“ (München 1959/61) des „Renegaten“ Alfred Kantorowicz (1899–1979) kannte, der im Sommer 1957 Ostberlin fluchtartig verlassen hatte, ist zu schließen, daß sie mehr über den praktizierten Kommunismus erfahren wollte, ein Wissen, das ihr der eigene Staat vorenthielt.

Dieser umfangreiche Briefwechsel (382 Seiten) mit ihren drei Geschwistern zwischen dem 3. Februar 1960 und Weihnachten 1973 ist die bisher letzte Veröffentlichung aus dem schier unerschöpflichen Brigitte-Reimann-Archiv in Neubrandenburg. Der heutige Leser, zumal, wenn er im Westen aufgewachsen ist, muß manche Textstellen erst mühsam entschlüsseln, weil das nötige DDR-Wissen fehlt. Auf jüngere Generationen wirkt ohnehin das ganze Buch, das immerhin eine Fülle von Einzelheiten zur DDR-Geschichte 1960/72 bietet, wie eine Botschaft aus einer längst untergegangenen Gesellschaftsordnung.

Als vielversprechende Nachwuchsautorin wurde Brigitte Reimann von ihrem Staat gefördert, wo immer es möglich war. Hatte sie doch schon 1960 gezeigt, als sie mit ihrem Mann Siegfried Pitschmann (1930–2002) für acht Jahre nach Hoyerswerda ins Kombinat „Schwarze Pumpe“ zog, daß sie bereit war, die Mühen des „Bitterfelder Weges“ von 1959 auf sich zu nehmen. Am 8. Dezember 1962 veröffentlichte sie unter dem Titel „Entdeckung einer schlichten Wahrheit“ in der SED-Zeitung Neues Deutschland einen Erfahrungsbericht über das gespaltene Bewußtsein der „Arbeiterklasse“ in „Schwarze Pumpe“, deren Vertreter in der Öffentlichkeit anders sprächen als unter vier Augen. Enttäuscht fragte sie: „Wie ist es möglich, daß Menschen, die im Betrieb Aktivisten und Neuerer sind, zu Haus die Filzlatschen anziehen und sich begnügen?“ Es war der gewaltige Zwiespalt zwischen Ideologie und Realität, den Brigitte Reimann in Hoyerswerda entsetzt wahrnahm und dessen litera-



Brigitte Reimann: *Post vom schwarzen Schaf. Geschwisterbriefe*, hg. v. Heide Hampel und Angela Drescher, Aufbau-Verlag, Berlin 2018, 416 S., 24,00 €

Veranstaltungen

17.12. (Mo), 14.00 Uhr:

Öffentliche Führung durch die Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden; Ort: Gedenkstätte, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

18.12. (Di), 16.00 Uhr:

Rundgang **„Stasi intern“** – Hinter den Kulissen der „Runden Ecke“, einmalig können sonst verschlossene Räume und Gebäudeteile sowie verbunkerte Schutzräume für den Ernstfall und Überreste der Aktenvernichtung in der „Runden Ecke“ in Leipzig besichtigt werden; Veranstaltung des Bürgerkomitees Leipzig e.V.; Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

19.12. (Mi), 17.00–19.00 Uhr:

Unterwegs im Archiv – Führung durch den einstigen Sitz der Staatssicherheit in Leipzig; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

20.12. (Do), 16.00 Uhr:

Unterwegs im Archiv – Führung und Bürgerberatung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt; Ort: BStU Außenstelle Erfurt, Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt

29./30.12. (Sa/So),

jeweils 13.00–16.00 Uhr:

Führungen durch die ehemalige Ausweichführungsstelle des MfS in Machern; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig e.V.; Ort: Machern/bei Wurzen, Alfred-Frank-Siedlung 439 (Anfahrt zur Bunkeranlage in Richtung Lübschützer Teiche)

8.1. (Di), 18.00 Uhr:

„Munin oder Chaos im Kopf“, die bekannte Autorin mit doppel-deutscher Vergangenheit Monika Maron liest aus ihrem Buch; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

9.1. (Mi), 13.00–17.00 Uhr:

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen? Bürgerberatung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Sozietät Rostock maritim (ehemaliges Schiffahrtsmuseum), August-Bebel-Str. 1, 18055 Rostock

22.1. (Di), 18.00 Uhr:

„Moskau. Lubjanka. Ein Platz mit Geschichte“, Kerstin Nickig, die Berliner Filmemacherin, zeigt ihren Dokumentarfilm (60 min); Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der



Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

22.1. (Di), 18.00 Uhr:

Verschluß-Sachen. Dokumente, Fotos und Objekte aus dem Archiv der Staatssicherheit, Vortrag und Gespräch mit Referent Dr. Philipp Springer, BStU, und Moderator Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Societät Rostock maritim (ehemaliges Schifffahrtsmuseum), August-Bebel-Str. 1, 18055 Rostock

28.1. (Mo), 18.15 Uhr:

Der Weimar-Komplex. Die erste deutsche Republik als Bezugspunkt der politischen Neuordnung im Nachkriegsdeutschland, öffentliche Ringvorlesung mit Sebastian Ullrich, München, in der Reihe „Weimars Wirkung. Das Nachleben der ersten deutschen Republik“; Veranstaltung d. Lehrstuhls für Neueste und Zeitgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin u.a.; Ort: Deutsches Historisches Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin

Ausstellungen

„Die Stasi. Tätigkeit der DDR-Staatssicherheit in den Regionen“

Veranstaltung d. Bürgerkomitees Magdeburg e.V. u.a.
Ort: Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, Umfassungsstr. 76, 39124 Magdeburg
Zu sehen bis zum 31. Januar 2019
Geöffnet Mo–Mi 9.00–16.00 Uhr, Do 9.00–18.00 Uhr, Fr 9.00–14.00 Uhr

„Im Namen des Volkes“

Über die Justiz im Staat der SED Sonderausstellung d. Bundesministeriums d. Justiz u.a.
Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig
Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig
Zu sehen bis zum 27. Januar 2019
Geöffnet Mo–Fr 8.00–18.00 Uhr, Sa/So/feiertags 10.00–18.00 Uhr

Danke!

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft dankt ganz herzlich allen, die 2018 für den Dachverband gespendet haben.

Der Vorstand

rischer Ausdruck der Roman „Franziska Linkerhand“ (1974/98) wurde.

Dieser unvollendet gebliebene Roman, sicher ihr bedeutendstes Werk, woran sie, von ihrer Krebserkrankung gepeinigt und von Selbstzweifeln geplagt, bis zu ihrem Tod gearbeitet hat, erschien 1974, von der Zensur verstümmelt, die vollständige Ausgabe lag 1998 vor. Berühmt aber wurde Brigitte Reimann nach dem Mauerfall von 1989 nicht mit ihrer Erzählprosa, sondern mit elf Bänden Briefen und Tagebüchern, die zwischen 1992, 19 Jahre nach ihrem Tod, und 2018 erschienen sind.

Jörg Bernhard Bilke

Todesopfer an der innerdeutschen Grenze

Diese Dokumentation der beiden hervorragenden Wissenschaftler vom Forschungsverbund SED-Staat wird zur Zeit auf merkwürdige Weise in der Öffentlichkeit diskutiert, obwohl sie wissenschaftlich abgesicherte Fakten enthält und durch jahrelange Archivarbeit auch in den Aktenbeständen der BStU entstanden ist. Bezweifelt wurden einzelne Biographien durch eine Journalistin, die „zufällig“ in der DDR ausgebildet wurde, die erstaunlicherweise auch Zugang zu ungeschwärzten BStU-Unterlagen bekommen haben soll, was den Forschern der FU verwehrt worden sein soll. Inwiefern diese Handlungsweise mit dem Stasi-Unterlagengesetz übereinstimmt, sollte unbedingt festgestellt werden. Die Arbeit ist übersichtlich gegliedert und auch für Laien durchaus verständlich. Erschütternde Schicksale, wie die Ermordung von Kindern ab zehn Jahren durch die damalige DDR-Grenzpolizei und spätere NVA, lassen oft den Atem beim Lesen stocken. Dieses Standardwerk spricht für sich selbst. Es ist unbedingt empfehlenswert, wenn auch der Preis leider hoch ist. Jeder Versuch der Diskreditierung dieser Dokumentation muß zurückgewiesen werden, weil der Verdacht besteht, daß damit die Verbrechen der SED-Diktatur relativiert und verharmlost werden sollen.

Anton Odenthal

Klaus Schroeder, Jochen Staadt (Hg.): *Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze 1949–1989*, Print, Peter Lang Edition, Frankfurt am Main 2017, 685 S., 50,38 €

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Zollern-Alb-Kurier ...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Januar und Februar Geburtstag haben

Dr. Egon Weber am 5. Januar, Edith Protze am 12. Januar, Jörg Strauß am 17. Januar, Heinz Scholz am 27. Januar, Norbert Lipski, Eugen Mühlfeit, Hartmut Richter am 29. Januar, Michael Kalkstein am 30. Januar, Erna Müller, Hubert Polus am 2. Februar, Josef Seemann am 3. Februar, Heinrich Labuhn am 7. Februar, »»

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Mi, 12–19 Uhr; Do, 14–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kasimir Tomaske am 9. Februar, Horst Epp am 10. Februar, Emil Hanisch am 12. Februar, Hans Schulze am 13. Februar, Viktor Gorynia am 18. Februar, Norbert Kusenack am 22. Februar, Helmut Schneider am 24. Februar

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Uwe Behne, Prof. Dr. Gerd Dehnert, Hannelore Enigk, Dietmar Freudenreich, Rita Gesche, Theodor Hilbig, Dietrich Jacobs, Peter Kahnt, Dr. Michael Mommert, Christel Morgenstern, Ruprecht von Poncet, Bernhard Röger, Dieter Rother, Horst Schröder, Werner Schulze, Dr. Thomas Smolin, Karl-Wolf Tiebel, Dr. Tran Van Tich, Dr. Lutz Volker Wedekind, Dr. Jürgen Weiland, Michael Wühle

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Seine Grundsätze muß man für die großen Gelegenheiten sparen, für die kleinen genügt das Erbarmen.

Albert Camus

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 25. November 2018

